

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen: Strukturen, Herausforderungen und Potenziale der sozialen Ökonomie

Mandy Stobbe und Susanne Winge

Anreizwirkungen im kommunalen Finanzausgleich Sachsens: Die Kreisumlage im Fokus

Tim Scheurer

IM BLICKPUNKT

Kommunen und Länder bauen öffentliche Beschäftigung aus

Xenia Frei und Maximilian Rose

Kommt der Steiger zurück?

Ernst Glöckner

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Mai 2024)

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Job-Turnover-Analyse: Arbeitsmarktdynamik im ländlichen und städtischen Raum

Niels Gillmann und Matteo Neufing



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

31. Jahrgang (2024)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo.de/forschung/ifo-dresden>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Job-Turnover-Analyse: Arbeitsmarktdynamik im ländlichen und städtischen Raum **3**

Niels Gillmann und Matteo Neufing

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze. Allerdings sollte unterschieden werden zwischen Arbeitsplätzen, die durch Neugründungen oder durch Wachstum von bestehenden Unternehmen geschaffen werden. Wir betrachten deswegen das Arbeitsplatzwachstum etwas genauer. Im Zeitraum von 2000 bis 2016 stieg die Anzahl der Beschäftigten in Deutschland insgesamt durchschnittlich um ca. 1% pro Jahr an. Allerdings war die Summe der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse mit ca. 17% deutlich höher. Anders als in früheren Beobachtungszeiträumen lassen sich in unserer Untersuchung, die auf den Daten des Betriebs-Historik-Panels des IAB basiert, kaum Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktdynamik in ländlichen und städtischen Gebieten feststellen. Der Hauptanteil der neugeschaffenen und verlorenen Stellen entsteht aus Größenveränderungen bestehender Betriebe. Das Gründungsgeschehen hingegen spielt für den Arbeitsmarkt eine vergleichsweise kleinere Rolle. Im Vergleich zu den 2000er Jahren sinkt die Fluktuation im deutschen Arbeitsmarkt.

Marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen: Strukturen, Herausforderungen und Potenziale der sozialen Ökonomie **8**

Mandy Stobbe und Susanne Winge

Die Ergebnisse des Sächsischen Mittelstandsberichts 2018-2022 gewähren erste Einblicke in die Struktur, die vielfältigen Herausforderungen und Potenziale marktorientierter Sozialunternehmen in Sachsen. Trotz ihres wachsenden Einflusses stehen diese Unternehmen vor erheblichen Sichtbarkeits- und Anerkennungshürden, insbesondere in ländlichen Regionen. Der hier dargestellte Ausschnitt aus der Untersuchung beleuchtet die geografische Verteilung, unterschiedliche Rechtsformen, verschiedene Unternehmensphasen und die facettenreiche Palette sozialer Anliegen. Darüber hinaus werden Herausforderungen und Potenziale der sozialen Ökonomie in Sachsen aufgezeigt.

Anreizwirkungen im kommunalen Finanzausgleich Sachsens: Die Kreisumlage im Fokus **14**

Tim Scheurer

Die Kreisumlage ist ein Element des kommunalen Finanzausgleichs, durch das die kreisangehörigen Gemeinden zur Finanzierung ihres Landkreises beitragen. Dabei werden im Sinne des angestrebten horizontalen Ausgleichs Gemeinden mit größerer lokaler Steuerbasis stärker zur Kasse gebeten. Dadurch wird der Anreiz zur Pflege der eigenen Steuerbasis, insbesondere zur Ansiedlung von Unternehmen, reduziert. Theoretisch wäre also zu erwarten, dass die Gemeinden höhere Gewerbesteuersätze wählen. In den sächsischen Gemeinden kann im Zeitraum von 2003 bis 2015 jedoch kein Zusammenhang zwischen der Kreisumlage und den Hebesätzen der Gewerbesteuer gefunden werden. Für das Ergebnis existieren mehrere mögliche Erklärungsansätze, u. a. die in der Praxis beobachteten Besonderheiten bei der lokalen Steuerpolitik.

IM BLICKPUNKT

Kommunen und Länder bauen öffentliche Beschäftigung aus

19

Xenia Frei und Maximilian Rose

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nimmt stetig zu. Bereits seit 2008 wächst der öffentliche Dienst schneller als die Bevölkerung; insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen. Während im Jahr 2008 noch 55 Beschäftigte je 1 000 Einwohner im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, waren es im Jahr 2022 rund 62. Dies entspricht einem Anstieg von 13%. Getrieben wird dieser Beschäftigungsanstieg von der öffentlichen Verwaltung, dem Bereich „Soziales und Jugend“ und der Beschäftigung an Hochschulen.

Kommt der Steiger zurück?

22

Ernst Glöckner

Das Erzgebirge birgt bis heute einen reichen Rohstoffschatz, darunter auch Lithium. Im Februar 2024 wurde bekannt, dass die Lagerstätte in Zinnwald auf 429 000 Tonnen geschätzt wird und damit zu den größten Vorkommen in Europa zählt. Dennoch bedienen bislang nur eine geringe Anzahl an Unternehmen die gesamte Weltnachfrage nach dem wichtigsten Rohstoff für wiederaufladbare Batterien. Europa ist beinahe zu 100% auf Import angewiesen. Kann die Nachfrage nach Hochtechnologiemetallen neuen Schwung in den europäischen Bergbau bringen? Eine Einordnung.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Mai 2024)

27

Niels Gillmann und Ernst Glöckner

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen

30

ifo Veröffentlichungen

30

ifo Vorträge

30

ifo in den Medien

31

Niels Gillmann und Matteo Neufing*

Job-Turnover-Analyse: Arbeitsmarktdynamik im ländlichen und städtischen Raum

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze. Allerdings sollte unterschieden werden zwischen Arbeitsplätzen, die durch Neugründungen oder durch Wachstum von bestehenden Unternehmen geschaffen werden. Wir betrachten deswegen das Arbeitsplatzwachstum etwas genauer. Im Zeitraum von 2000 bis 2016 stieg die Anzahl der Beschäftigten in Deutschland insgesamt durchschnittlich um ca. 1% pro Jahr an. Allerdings war die Summe der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse mit ca. 17% deutlich höher. Anders als in früheren Beobachtungszeiträumen lassen sich in unserer Untersuchung, die auf den Daten des Betriebs-Historik-Panels des IAB basiert, kaum Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktdynamik in ländlichen und städtischen Gebieten feststellen. Der Hauptanteil der neugeschaffenen und verlorenen Stellen entsteht aus Größenveränderungen bestehender Betriebe. Das Gründungsgeschehen hingegen spielt für den Arbeitsmarkt eine vergleichsweise kleinere Rolle. Im Vergleich zu den 2000er Jahren sinkt die Fluktuation im deutschen Arbeitsmarkt.

EINLEITUNG

Die regionale Ungleichheit in Deutschland ist ein Problem, gegen das die Bundesregierung ankämpfen möchte. In ihrem Koalitionsvertrag bekräftigt sie dieses Ziel und konkret das Vorhaben, gute Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen.¹ Von besonders hoher Relevanz für gute Lebensbedingungen in einer Region und damit auch für Ungleichheit sind die vor Ort angesiedelten Unternehmen. Nach Schumpeters Prinzip der schöpferischen Zerstörung sind es insbesondere junge Unternehmen, die Innovation und Wachstum vorantreiben. Diese werden allerdings vorwiegend in bereits strukturell stark aufgestellten Regionen gegründet, während es ländlich geprägte und/oder strukturschwache Regionen gibt, in denen es kaum zu Neugründungen kommt (Renski 2008). Forschungsergebnisse zur Unternehmensstruktur in ländlichen Gebieten, basierend auf Daten aus den USA, zeigen deutliche Unterschiede zur städtischen Dynamik. Unternehmen im ländlichen Raum sind tendenziell kleiner und wachsen langsamer, haben im Gegenzug aber auch eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit. Ursachen dafür könnten der stärkere Wettbewerb in Städten, die höhere Risikobereitschaft von Gründer*innen dort und die niedrigeren Kosten auf dem Land sein, die dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen auf dem Land zwar ein niedrigeres Wachstumspotenzial, jedoch eine höhere Überlebenschance haben (Jolly et al. 2011).

Lokale Unternehmen tragen maßgeblich zum regionalen Wohlstandsniveau bei. Neben Gründungen bzw. Neuansiedlungen und Schließungen spielen auch Expansionen und Schrumpfungen von existierenden Unternehmen eine erhebliche Rolle für die Arbeitsmarktdynamik und somit das Wohlstandsniveau einer Region. Das ifo Institut untersuchte daher die Arbeitsplatzdynamik in Deutschland mithilfe des schwach anonymisierten Betriebs-Historik-Panels (BHP) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Das BHP umfasst Querschnittsdaten aller Betriebe mit mindestens einer/m

sozialversicherungspflichtigen oder mindestens einer/m geringfügig Beschäftigten, wobei es sich um eine 50%-Stichprobe aller Betriebe handelt. Es umfasst Daten zu u. a. Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und Qualifikation der Beschäftigten. Die Daten in diesem Beitrag wurden im Rahmen des Forschungsprojekts „Strukturwandel in ländlichen Räumen: Unternehmensbiographien“ ausgewertet². Um echte Neugründungen von Betriebsabspaltungen (Spin-offs, Ausgründungen) und verwaltungstechnisch bedingten Betriebsnummernwechseln sowie Betriebsschließungen z. B. von Betriebsübernahmen zu unterscheiden, greifen wir auf die Klassifikation von Hethey und Schmieder (2013) zurück, die zusammen mit dem BHP bereitgestellt wird. Weiterhin müssen wir den Datensatz auf die Jahre 2000 bis 2016 eingrenzen, um sicher zu gehen, dass geschlossene Betriebe auch wirklich geschlossen sind. Der Datensatz wurde u. a. schon von Bauer et al. (2008) zu einer Job-Turnover-Analyse verwendet, die darauf abzielte, die Bedeutung kleiner und mittelständiger Unternehmen auf die Arbeitsplatzdynamik zu untersuchen. Im Gegensatz zu vorherigen Analysen betrachten wir kleinteilige regionale Unterschiede. Dafür stellen wir die Entwicklung in ländlichen Gebieten den Zahlen aus den städtischen Regionen gegenüber. Für die Untersuchung werden die Regionen folgendermaßen klassifiziert.

DEFINITION STÄDTISCHER UND LÄNDLICHER RÄUME

Ein großer Anteil der strukturschwachen Regionen in Deutschland liegt in ländlichen Gebieten. Das zeigt u. a. ein Regionalbericht des Instituts der deutschen Wirtschaft von Burstedde und Werner (2019). Sie zeigen die erheblichen Disparitäten zwischen Stadt und Land, die über die letzten zwei Jahrzehnte

* Niels Gillmann ist Doktorand und Matteo Neufing war zum Zeitpunkt des Erstellens des Beitrags Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

sogar noch gewachsen sind. Dem Bericht zufolge fällt es Unternehmen in ländlichen Regionen aufgrund einer wachsenden Bildungssegregation immer schwerer, Akademiker*innen und Fachkräfte für sich zu gewinnen. Gleichzeitig kommt es zu einer immer unterschiedlicher werdenden Altersstruktur zwischen Stadt und Land. Somit ist die Stadtbevölkerung mittlerweile im Schnitt zwei Jahre jünger als die Bevölkerung auf dem Land. Diese Entwicklungen nehmen wir zum Anlass, die Arbeitsplatzdynamik unter dem Aspekt der Regionalität zu untersuchen, da die Arbeitsplatzdynamik eine große Rolle für die Verteilung von Wachstum zwischen städtischen und ländlichen Regionen spielt.

Die Definition der städtischen und ländlichen Gebiete erfolgt dabei anhand der vier siedlungsstrukturellen Kreistypen, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) definiert. Das BBSR teilt dabei jeden Kreis einer der vier folgenden Gruppen zu: Kreisfreie Großstädte, städtische Kreise, ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise. Diese sind wie folgt definiert:

- **Kreisfreie Großstädte:** Kreisfreie Städte mit mindestens 100 000 Einwohner*innen.
- **Städtische Kreise:** Kreise mit Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten von mindestens 50% und einer Einwohnerdichte von mindestens 150 Einwohnern pro Quadratkilometer sowie Kreise mit einer Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte von mindestens 150 Einwohnern pro Quadratkilometer.

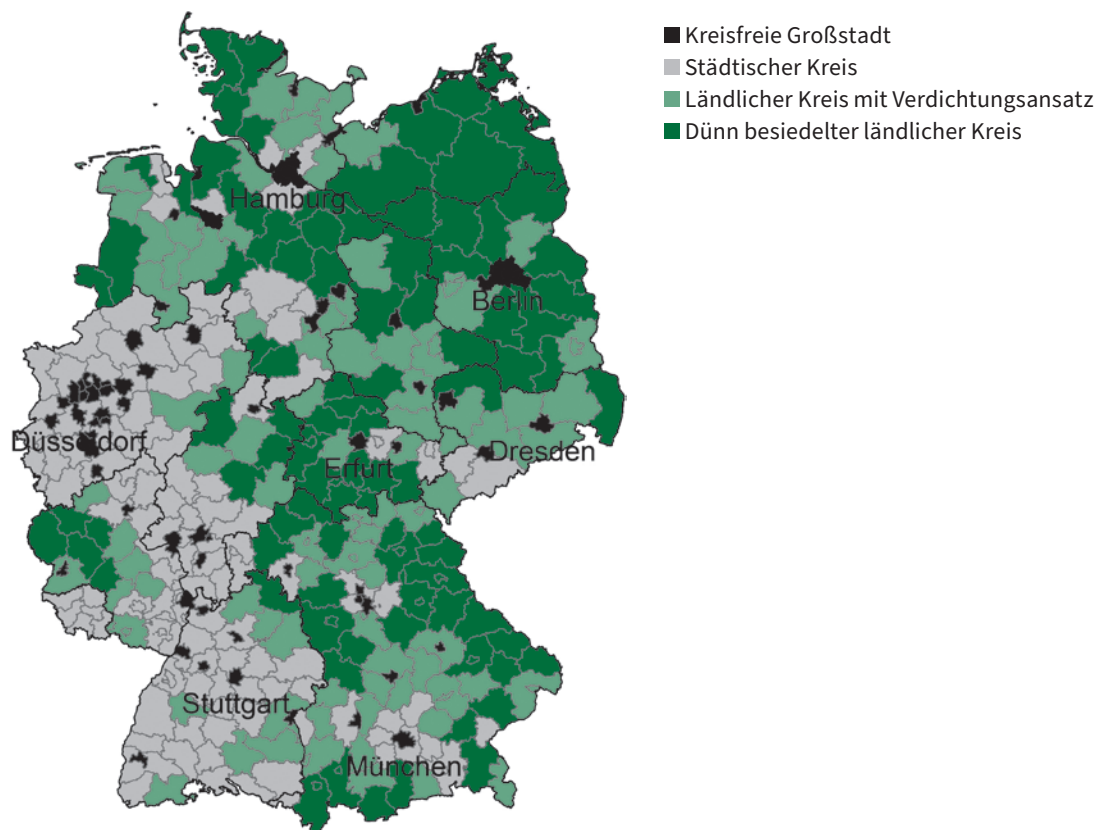
- **Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen:** Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten von mindestens 50%, aber einer Einwohnerdichte unter 150 Einwohnern pro Quadratkilometer sowie Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten unter 50%, mit einer Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte von mindestens 100 Einwohnern pro Quadratkilometer.
- **Dünn besiedelte ländliche Kreise:** Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten unter 50% und einer Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte unter 100 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Abbildung 1 zeigt die räumliche Verteilung der vier siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland. Dabei sind kreisfreie Großstädte schwarz, städtische Kreise grau, ländliche Kreise mit Verdichtungsansatz hellgrün und dünn besiedelte ländliche Kreise dunkelgrün eingefärbt.

Die kreisfreien Großstädte sind flächenmäßig relativ klein und in den meisten Bundesländern gibt es nur eine einstellige Zahl von ihnen. Die einzige Ausnahme ist Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es eine niedrige zweistellige Zahl an kreisfreien Großstädten. Auch die städtischen Kreise sind vor allem in Nordrhein-Westfalen zu finden; zusätzlich auch noch in großen Teilen Baden-Württembergs und der südlichen Hälfte von Hessen. Die beiden ländlichen Kreistypen sind hingegen einigermaßen gleichmäßig in ganz Deutschland verteilt. So gibt es zwar in Mecklenburg-Vorpommern viele dünn besiedelte ländliche Kreise. Das gleiche trifft aber auch in Bayern und Niedersachsen zu.

Abb. 1

Die siedlungsstrukturellen Kreistypen 2019



Quelle: BBSR, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

METHODIK UND ERGEBNISSE DER ARBEITSMARKT-ANALYSE

Um die Auswirkungen der Unternehmensdynamik auf lokale Arbeitsmärkte zu untersuchen, greifen wir auf das Konzept des „Job-Turnovers“ zurück, das von Davis et al. (1996) sowie von Davis und Haltiwanger (1999) eingeführt wurde. Durch die Anwendung dieses Konzeptes können wir anhand von Betriebsdaten die durchschnittliche Anzahl neu geschaffener und verloraener Arbeitsplätze berechnen. Auf diese Weise können wir Veränderungen im Arbeitsplatzangebot aufgrund der beobachteten Betriebsdynamik verdeutlichen.

Das Konzept der Job-Turnover-Analyse basiert auf den vier folgenden Größen: Den Stellenentwicklungen durch Wachstum und Schrumpfung vorhandener Unternehmen sowie den Stellenentwicklungen durch Gründung und Schließung neuer Unternehmen. Folglich ergibt sich die Bruttostellenentstehung aus allen Stellen, die neu geschaffen wurden, aufgeteilt in jene, die durch Gründungen und solche, die durch Wachstum vorhandener Unternehmen entstanden. Zusammen mit dem äquivalent gebildeten Bruttostellenverlust lässt sich einerseits der *Stellenumschlag* als Summe aller neu geschaffenen und verlorenen Stellen und andererseits die *Nettostellenentwicklung* berechnen. All diese Werte werden als Raten ausgegeben, indem sie durch die Beschäftigungsanzahl zu Periodenbeginn geteilt werden.

Die Verwendung dieser verschiedenen Brutto- und Nettogrößen gewährleistet einen detaillierten Blick auf die tatsächliche Dynamik im Stellenmarkt, die aus der Nettostellenentwicklung allein nicht hervorgeht. Lediglich durch eine solche genauere Betrachtung lässt sich die Entwicklung der Arbeitsplatzdynamik innerhalb einer Region beurteilen. Dieses Problem wird auch als „netting out reality“ bezeichnet.

In der internationalen Literatur findet das Konzept der Job-Turnover häufige Anwendung (vgl. Hahn et al. 2017, Fujita und Nakajima 2016, Hyatt und McEntarfer 2012). Cefis und Gabriele (2009) fanden diverse Unterschiede in der Arbeitsmarktdynamik zwischen Stadt und Land für Italien von 1991 bis 2001. Sie fanden heraus, dass die ländliche Arbeitsmarktdynamik in Italien hinter der städtischen zurückblieb. Zusätzlich führten sie einen Großteil der Stellenentwicklung auf die Entwicklungen innerhalb bestehender Unternehmen zurück.

Für Deutschland berechneten Fuchs und Weyh (2010) den Job-Turnover für den Zeitraum von 2000 bis 2006. Dabei unterteilen sie Deutschland auch nach Ost und West. Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse gehen insofern darüber hinaus, als dass wir den Job-Turnover für die vier verschiedenen Kreistypen laut BBSR-Definition ermitteln. Dadurch können wir nicht nur die Auswirkungen der Unternehmensdynamik auf den nationalen Arbeitsmarkt untersuchen, sondern auch gezielt Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Arbeitsmärkten auf lokaler Ebene herausarbeiten.

Wie in Tabelle 1 ersichtlich wird, beträgt das durchschnittliche Beschäftigungswachstum pro Jahr über alle Kreistypen (1-4) ca. 1%, die durchschnittliche Stellenentwicklung ist also im Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2016 leicht positiv. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass mehr neue Stellen entstanden als alte verloren gingen. Die Anzahl der Stellen, die jährlich vom Stellenumschlag betroffen sind, ist mit ca. 17% allerdings deutlich höher. Dieser Stellenumschlag ist in kreisfreien Großstädten etwas stärker ausgeprägt als in den anderen Kreistypen. Während Gründungen und Schließungen einen eher geringen Teil zur Arbeitsplatzdynamik beitragen, ist der deutlich größere Teil auf die Expansion bzw. Schrumpfung bestehender Betriebe zurückzuführen. Zudem variiert die Anzahl an geschaffenen und liquidierten Arbeitsplätzen kaum zwischen den unterschiedlichen Kreistypen. Die Arbeitsplatzdynamik scheint also im Zeitraum von 2000 bis 2016 nicht maßgeblich zur regionalen Ungleichheit in Deutschland beigetragen zu haben. Betriebe im ländlichen Raum schaffen es, genauso wie Betriebe im städtischen Raum, im Durchschnitt mehr neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, als sie abbauen.

In den Untersuchungen von Fuchs und Weyh (2010) für den Zeitraum 2000 bis 2006 zeigte sich noch eine deutlich höhere Dynamik. Maßgeblich hierfür war der anhaltende Anpassungsprozess der Unternehmen in den neuen Bundesländern, der zu einer Schrumpfung vieler Unternehmen in der ehemaligen DDR führte. Hinzukommt eine höhere Anzahl an Gründungen in dieser Zeit, insbesondere in Ostdeutschland. Mittlerweile scheint dieser Anpassungsprozess weitgehend abgeschlossen zu sein, so dass die Fluktuation am Arbeitsmarkt sinkt.

Weiterhin ist es wichtig zu betonen, dass die siedlungsstrukturellen Kreistypen insgesamt noch eine relativ grobe regionale Beobachtungsebene darstellen. Zwischen einzelnen

Tab. 1

Job-Turnover nach siedlungsstrukturellen Kreistypen

Kreistypen	1	2	3	4
Arbeitsplatzschaffung	9,2	8,4	8,3	8,5
Darunter: Eintritte	2,1	1,7	1,7	1,8
Expansion	7,1	6,6	6,5	6,7
Arbeitsplatzvernichtung	8,2	7,6	7,5	7,9
Darunter: Austritte	2,0	1,8	1,8	2,0
Schrumpfung	6,2	5,8	5,7	5,9
Umverteilung von Arbeitsplätzen	17,4	16,0	15,7	16,4
Netto-Beschäftigungswachstum	1,0	0,8	0,9	0,8

Quelle: BHP, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Landkreisen gibt es deutlich höhere Heterogenität, wie beispielsweise in Ludewig und Weyh (2011) dargestellt, mit negativen Stellenentwicklungen in den ländlichen Kreisen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und gleichzeitig positiven Entwicklungen in den ländlichen Kreisen in Bayern. Es wäre also durchaus möglich, dass bei einer engeren Definition der ländlichen Regionen Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Regionen ersichtlich werden könnten und die Betrachtung auf der Ebene der siedlungsstrukturellen Kreistypen eine regionale Heterogenität verschleiert.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die vorliegende Analyse zeigt die Arbeitsmarktdynamik im ländlichen und städtischen Raum. Die Untersuchung basiert auf dem Job-Turnover-Konzept und nutzt die verschiedenen Kreistypen gemäß der Definition des Bundesinstituts für Bau-Stadt- und Raumforschung (BBSR) als Unterteilung in ländliche und städtische Räume.

- **Positive Nettostellenentwicklung:** Der Durchschnitt der Nettostellenentwicklung über alle Kreistypen zeigt einen leicht positiven Trend von etwa 1%. Es werden also insgesamt mehr neue Arbeitsplätze geschaffen, als alte verloren gehen. Deutschland schneidet damit im europäischen Vergleich überdurchschnittlich ab.
- **Hoher Stellenumschlag:** Der Stellenumschlag, der die Summe aller neu geschaffenen und verlorenen Stellen repräsentiert, beträgt etwa 17%. Dies verdeutlicht eine beträchtliche Dynamik auf dem Arbeitsmarkt, wobei insbesondere kreisfreie Großstädte einen etwas stärkeren Stellenumschlag aufweisen. Dieser Befund der größeren Dynamik im städtischen Raum stimmt mit der Literatur überein.
- **Unterschiede zu früheren Untersuchungen für Deutschland:** Im Vergleich zu einer früheren Studie von Fuchs und Weyh (2010) zeigt sich eine geringere Dynamik. Dies könnte auf den Anpassungsprozess in den neuen Bundesländern von 2000 bis 2006 zurückzuführen sein, der zu einer Schrumpfung vieler ehemaliger DDR-Unternehmen und gleichzeitig zu einer höheren Anzahl von Gründungen führte und somit in der Vergangenheit zu einer höheren Dynamik beitrug.
- **Schrumpfung und Expansion bestehender Betriebe prägend:** Die Arbeitsplatzdynamik wird maßgeblich durch Schrumpfung und Expansion bestehender Unternehmen beeinflusst, während Gründungen und Schließungen einen vergleichsweise geringeren Beitrag leisten. Dies weist darauf hin, dass die Entwicklung von etablierten Betrieben eine zentrale Rolle spielt.

Insgesamt verdeutlicht die Analyse die Arbeitsmarktdynamik in der zeitlichen sowie der regionalen Dimension. In Deutschland tragen Neugründungen verhältnismäßig wenig zum Arbeitsplatzwachstum bei, verglichen mit bereits bestehenden Unternehmen. Zwischen ländlichen und städtischen Regionen gibt es zwar einen Unterschied in der Arbeitsmarktdynamik, allerdings keinen systematischen Unterschied in der Nettostellenentwicklung. Eine Befürchtung war, dass die Anzahl der Arbeitsplätze auf dem Land schrumpft. Das ist aber im Beobachtungszeitraum nicht der Fall. Dadurch gibt es keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, ländliche Regionen stärker dabei zu unterstützen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen,

da das Stellenwachstum sich in Stadt und Land sehr ähnlich entwickelt.

Weiterhin offenbaren die Ergebnisse einen Trade-off: Zwar haben Neugründungen das Potenzial, durch Innovationen Wachstum und Wohlstand zu begünstigen. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse allerdings, dass insbesondere die Erhaltung bereits etablierter Betriebe und die Förderung des Wachstums dieser von hoher Relevanz für den Arbeitsmarkt ist.

Einen Unterschied gibt es bei der Umverteilung der Arbeitsplätze. Diese ist in kreisfreien Großstädten größer als in allen drei anderen Regionen. Die Literatur hat gezeigt, dass eine niedrigere Flexibilität am Arbeitsmarkt, gemessen durch die Umverteilung der Arbeitsplätze, zu niedrigeren Löhnen und niedrigerer Produktivität führt (Davis und Haltiwanger 2014). Ein möglicher Grund für die geringere Umverteilung in den Kreistypen 2, 3 und 4 könnte die, im internationalen Vergleich, starke Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes sein, denn starke Regulierung führt zu weniger Dynamik am Arbeitsmarkt (Blanchard und Portugal 2001). Dabei leiden vor allem kleinere Betriebe unter einer starken Regulierung, da die Kosten von Neueinstellungen durch Regulierung erhöht werden und kleine Betriebe sich diese zusätzlichen Kosten weniger leisten können als große Betriebe (Flórez et al. 2020). Da die Betriebe in den Kreistypen 2, 3 und 4 tendenziell kleiner sind als in kreisfreien Großstädten, leiden diese Regionen besonders unter der starken Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes. Dies zeigt sich in der niedrigeren Umverteilung an Arbeitsplätzen in diesen drei Kreistypen. Es wäre also sinnvoll, die Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes zu verringern, möglicherweise sogar gezielt durch Bürokratieabbau für kleine Betriebe. Denn dadurch würde die Umverteilung von Arbeitsplätzen in den Kreistypen 2, 3 und 4 steigen und somit insgesamt bessere Arbeitsmarktergebnisse und eine höhere Produktivität erzielt werden.

LITERATUR

Bauer, T. K., A. Schmucker und M. Vorell (2008), „KMU und Arbeitsplatzdynamik: eine Analyse auf Basis der Beschäftigten-Historik-Datei“, *Journal of Labour Market Research*, 41 (02/03), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, S. 199-221.

Blanchard, O. und P. Portugal (2001), „What Hides Behind an Unemployment Rate: Comparing Portuguese and US Labor Markets“, *American Economic Review*, 91 (01), S. 187-207.

Burstedde, A. und D. Werner (2019), „Binnenwanderung und regionale Arbeitskräfte“, *Schriften zu Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* 2019, Ka. 8, S. 153-168.

Céfis, E. und R. Gabriele (2009), „Spatial Disaggregation Patterns and Structural Determinants of Job Flows: An Empirical Analysis“, *International Review of Applied Economics*, 23 (01), S. 89-111.

Davis, S., J. Haltiwanger und S. Schuh (1996), „Small Business and Job Creation: Dissecting the Myth and Reassessing the Facts“, *Small Business Economics*, Jahrgang 8, S. 297-315.

Davis, S. und J. Haltiwanger (1999), „On the Driving Forces behind Cyclical Movements in Employment and Job Reallocation“, *American Economic Review*, 89 (05), S. 1 234-1 258.

Davis, S. und J. Haltiwanger (2014), „Labor Market Fluidity and Economic Performance“, NBER Working Paper 20 479.

Flórez, L. A., L. F. Morales, D. Medina und J. Lobo (2021), „Labor Flows Across Firm Size, Age, and Economic Sector in Colombia vs. the United States“, *Small Business Economics*, 57 (03), S. 1 569-1 600.

Fuchs, M. und A. Weyh (2010), „The Determinants of Job Creation and Destruction: Plant-level Evidence for Eastern and Western Germany“, *Empirica*, Jahrgang 37, S. 425-444.

Fujita, S. und M. Nakajima (2016), „Worker Flows and Job Flows: A Quantitative Investigation“, *Review of Economic Dynamics*, Jahrgang 22, S. 1-20.

Hahn, J. K., H. R. Hyatt, H. P. Janicki und S. R. Tibbets (2017), „Job-to-Job Flows and Earnings Growth“, *American Economic Review*, 107 (05), S. 358-363.

Hyatt H. und E. McEntarfer (2012), „Job-to-Job Flows in the Great Recession.“, *American Economic Review*, 102 (03), S. 580-583.

Hethey, T. und J. F. Schmieder (2013), „Does the Use of Worker Flows Improve the Analysis of Establishment Turnover? Evidence from German Administrative Data.“ NBER Working Paper 19 730.

Jolly, R. W., P. F. Orazem und L. Yu (2011), „Why Do Rural Firms Live Longer?“ *American Journal of Agricultural Economics*, 93 (03), S. 673-692.

Ludewig, O. und A. Weyh (2011), „Die regionale Arbeitsplatzdynamik in Deutschland“, *Review of Regional Research* 31 (01), S. 27-56.

Renski, H. (2008), „New Firm Entry, Survival and Growth in the United States: A Comparison of urban, Suburban, and Rural Areas“, *Journal of the American Planning Association*, 75 (01), S. 60-77.

-
- 1 Vgl. Bundesregierung (7. Dezember 2021), Download unter https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (Abruf am 23. April 2024).
 - 2 Der Datenzugang erfolgte mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (FDZ) (Projektnummer 2011).

Mandy Stobbe und Susanne Winge*

Marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen: Strukturen, Herausforderungen und Potenziale der sozialen Ökonomie

Die Ergebnisse des Sächsischen Mittelstandsberichts 2018-2022 gewähren erste Einblicke in die Struktur, die vielfältigen Herausforderungen und Potenziale marktorientierter Sozialunternehmen in Sachsen. Trotz ihres wachsenden Einflusses stehen diese Unternehmen vor erheblichen Sichtbarkeits- und Anerkennungshürden, insbesondere in ländlichen Regionen. Der hier dargestellte Ausschnitt aus der Untersuchung beleuchtet die geografische Verteilung, unterschiedliche Rechtsformen, verschiedene Unternehmensphasen und die facettenreiche Palette sozialer Anliegen. Darüber hinaus werden Herausforderungen und Potenziale der sozialen Ökonomie in Sachsen aufgezeigt.

Der Freistaat Sachsen steht – wie auch die gesamte Bundesrepublik – vor großen Herausforderungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, dem demografischen Wandel sowie der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere in von Bevölkerungsschwund betroffenen Regionen. Die Bewältigung dieser komplexen Probleme erfordert innovative Ansätze. Zunehmend rückt dabei die Idee einer sozialen Ökonomie als alternatives Modell zur herkömmlichen gewinnorientierten Produktionsweise in den Fokus. Diese Wirtschaftsform zeichnet sich durch eine soziale, nachhaltige und am Gemeinwohl¹ orientierte Ausrichtung aus. Marktorientierte Sozialunternehmen kennzeichnet dabei, dass sie die drei Themen Soziales, Umwelt und Wirtschaftlichkeit als gleichberechtigt betrachten. Zum einen wird mittels unternehmerischer Mittel die gesellschaftliche Wirkung erhöht. Zum anderen steht die Entwicklung von neuen und innovativen Lösungen und zeitgemäßen Instrumenten im Vordergrund. Die Gewinnorientierung tritt hinter die Ausrichtung, einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, zurück. Gewinne dienen primär dazu, die für die übergeordneten Ziele notwendigen Finanzierungsmittel zu erwirtschaften.

Die deutschlandweit angelegte Studie von Ashoka und McKinsey zeigt auf, dass Unternehmen der sozialen Ökonomie eine bedeutende Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen spielen können (Ashoka und McKinsey 2019). Weltweit und auch in Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine aktive sozialunternehmerische Gründer*innen-Szene entwickelt, die an Bedeutung gewinnt. Die Autor*innen der McKinsey- und Ashoka-Studie schätzen die Social Entrepreneurship-Bewegung allein in Deutschland auf 1 700 Unternehmen (Ashoka und McKinsey 2019). Dieser Trend spiegelt sich auch in Sachsen wider, auch hier ist in den vergangenen Jahren eine zunehmende Anzahl von Gründungen solcher Unternehmen zu verzeichnen.

Im Rahmen des Sächsischen Mittelstandsberichts 2018-2022², erstellt durch die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts in Kooperation mit dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (ZSH), wurde im Jahr 2023 durch das ZSH eine Schwerpunkterhebung

zu marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen durchgeführt³. Diese Untersuchung bietet grundlegende Erkenntnisse über die Struktur und Wirkungsbereiche dieser Unternehmen in Sachsen und dient als Basis für weitere Analysen im Kontext sozialer Innovation und Unternehmertum.

ABGRENZUNG UND KRITERIEN

Sozialunternehmen sind im Sinne der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen (BMWK und BMBF 2023) und im Einklang mit der Definition der Europäischen Kommission Unternehmen:

- „für die das soziale oder ökologische, gemeinwohlorientierte Ziel Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit darstellt, was sich oft in einem hohen Maße an Sozialer Innovation äußert,
- deren Gewinne größtenteils wieder investiert werden, um dieses Ziel zu erreichen,
- und deren Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse dieses Ziel widerspiegeln, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung basieren oder auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind“⁴.

Für die untersuchten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen wurden die folgenden Kriterien zur Abgrenzung gebildet:

Als marktorientierte Sozialunternehmen werden jene Unternehmen verstanden, die sich proaktiv den sozialen, gesellschaftlichen oder ökologischen Herausforderungen unserer Zeit stellen. Sie bieten dort, wo Staat und Markt bisher nur unzureichend auf diese Herausforderungen reagieren konnten, eine innovative Lösung in Form von Produkten, Dienstleistungen, Verfahren oder Geschäftsmodellen an, welche einen gesellschaftlichen Nutzen (sog. Social Value) stiften. Dabei greifen sie auf unternehmerische Mittel zurück und erzielen ihre Einnahmen überwie-

* Mandy Stobbe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Susanne Winge ist Geschäftsführerin am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

gend auf freien und Quasi-Märkten⁵, zum Beispiel Leistungsentgelte für Arbeitsmarktintegration oder Inklusion. Ihre Gewinne reinvestieren sie größtenteils wieder, um ihre sozialen Ziele zu erreichen. Auch ihre Organisationsstruktur und die Eigentumsverhältnisse spiegeln die gesellschaftlichen Ziele wider, da die steuernden und kontrollierenden Mechanismen auf Prinzipien der Beteiligung und der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet sind.

GEOGRAFISCHE VERTEILUNG

Durch ein umfassendes Screening konnten in Sachsen 171 Unternehmen identifiziert werden, die die Merkmale der hier zugrunde liegenden Kriterien marktorientierter Sozialunternehmen ganz (43,0%) bzw. teilweise (57,0%) erfüllen. Die öffentliche Sichtbarkeit der marktorientierten Sozialunternehmen spielt für den methodischen Zugang eine entscheidende Rolle. Sie aufzuspüren und gezielt anzusprechen ist nicht einfach, da sich viele der marktorientierten Sozialunternehmen nicht als solche verstehen oder sich nicht in entsprechenden Kreisen und Netzwerken bewegen. So finden sich unter den marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen viele sehr kleine Unternehmen mit zum Teil geringer Sichtbarkeit. Dass einige öffentlich und/oder digital sichtbar sind als andere, kann neben dem Selbstverständnis auch andere Ursachen haben.

Aufgrund ihrer Größe, Dichte und Vielfalt entwickeln sich in Städten mehr marktorientierte Sozialunternehmen als im ländlichen Raum. Dort wo heterogene Denk- und Lebensformen,

Kulturen und Religionen auf engem Raum zusammentreffen, entstehen einerseits Konflikte, andererseits aber auch Freiräume für Kreativität und Innovation (vgl. Evers et al. 2014). Abbildung 1 zeigt die quantitative Verteilung der Grundgesamtheit der identifizierten marktorientierten Sozialunternehmen auf die zehn Landkreise und drei kreisfreien Städte des Freistaates. Bezogen auf ihren Unternehmenssitz konzentriert sich die Mehrheit der marktorientierten Sozialunternehmen auf die kreisfreien Städte Leipzig, Dresden und – mit einigem Abstand – Chemnitz. Auch der Landkreis Görlitz sticht heraus. In anderen Teilen des Landes, insbesondere im Norden und Süden, sind marktorientierte Sozialunternehmen seltener anzutreffen. Hierbei ist zu beachten, dass die Ergebnisse dieser Recherche eine Momentaufnahme darstellen und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da sich der Unternehmensbestand durch Gründungen und Schließungen ständig verändert.

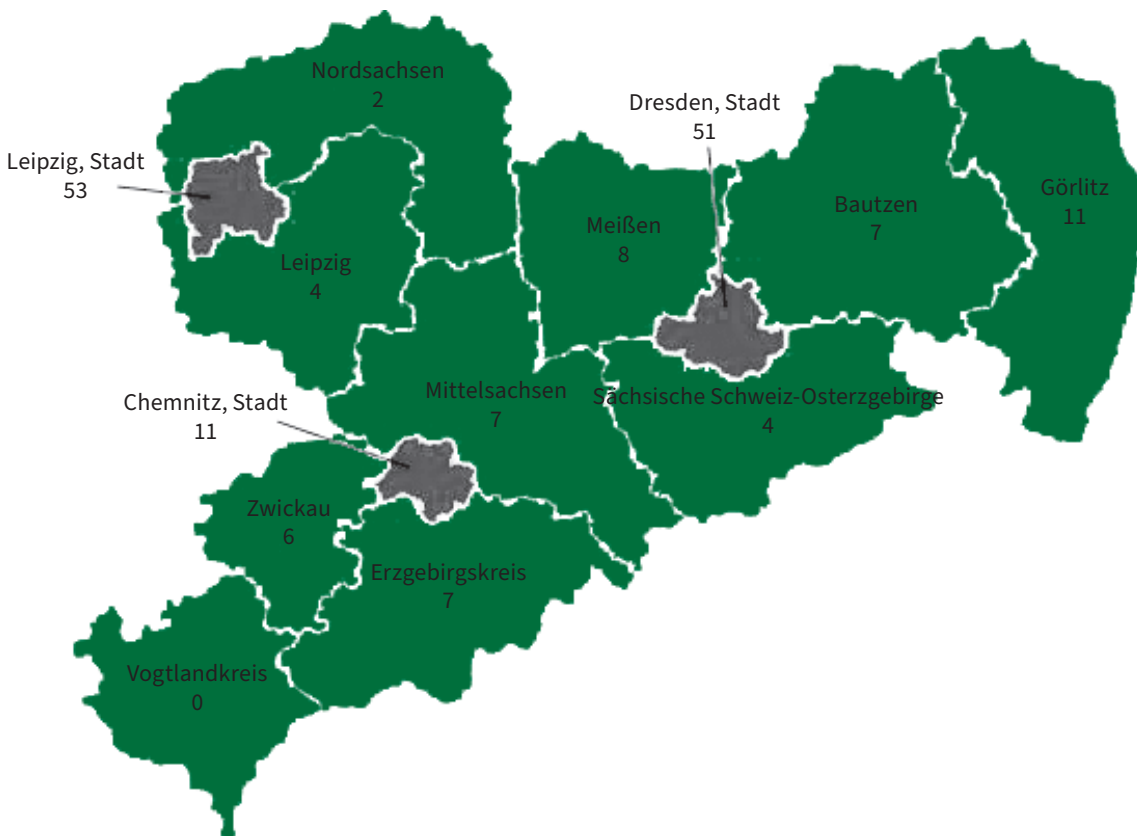
STATUS QUO MARKTORIENTIERTER SOZIAL-UNTERNEHMEN IN SACHSEN

Zwischen März und April 2023 wurden 171 marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen für eine standardisierte Online-Befragung kontaktiert, 65 der identifizierten marktorientierten Sozialunternehmen⁶ nahmen an der Umfrage teil.⁷

Das Selbstverständnis der befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen ist unterschiedlich ausgeprägt: 26,2% der Unternehmen bezeichnen sich in ihrer Außendarstellung als Sozialunternehmen und 24,6% der Unternehmen tun

Abb. 1

Regionale Verteilung der identifizierten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen



Quelle: Recherche ZSH, marktorientierte Sozialunternehmen, Mittelstandsbericht Sachsen 2018-2022, eigene Darstellung.

dies teilweise. Diese Befragten gaben in der Umfrage an, sich selbst eher als Impact Start-up, wirkungsorientiertes Unternehmen, Benefit Corporation, Unternehmen der solidarischen Ökonomie, Nachhaltigkeitsunternehmen sowie als Purpose Unternehmen zu bezeichnen. Es geben aber auch 20,0% der Unternehmen an, eine solche Selbstbenennung nicht zu verwenden, da es für ihre Außendarstellung nicht hilfreich sei. Immerhin 13,8% der Unternehmen kannten den Begriff Social Entrepreneurship/Sozialunternehmen nicht. Weitere 13,8% der Unternehmen wählten die Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ aus und 1,5% der Unternehmen haben diese Frage nicht beantwortet.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen häufiger in der Nähe zu einer Universität oder Hochschule niederlassen. Insbesondere Leipzig (35,0%) und Dresden (23,0%) sind häufige Standorte. Der Rest findet sich bevorzugt in der Nähe von Groß- oder Mittelstädten des Freistaates Sachsen. Offenbar spielen strukturelle Faktoren wie Größe, Dichte und Infrastruktur eine nicht unerhebliche Rolle für die Standortwahl dieser Unternehmen.

Das durchschnittliche Unternehmensalter der marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen beträgt 7,2 Jahre. Insgesamt waren zum Zeitpunkt der Erhebung 50,0% der sächsischen marktorientierten Sozialunternehmen noch keine fünf Jahre alt. Damit weisen sie das für die Szene charakteristische niedrige Alter auf. Die Altersstruktur der Gründer*innen variiert, wobei fast die Hälfte (47,7%) zwischen 25 und 34 Jahre alt war.

In 29,2% der Fälle handelte es sich um Einzelgründer*innen. Weitere 38,5% der sächsischen marktorientierten Sozialunternehmen wurden mit vier und mehr Personen gegründet.

Ein großer Anteil der marktorientierten Sozialunternehmen sind Kleinstunternehmen (64,6%), mit einer Belegschaft zwischen einem und neun Mitarbeiter*innen, im Bundesvergleich sind es 56,0% (Kiefl et al. 2022). Alle weiteren befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen zählen zu den kleinen Unternehmen mit mehr als neun und bis zu 49 Mitarbeiter*innen (35,4%). Dieser Anteil fällt im Bundesvergleich mit 15,9% deutlich geringer aus (Kiefl et al. 2022).

Sozialunternehmen verbinden gemeinwohlorientiertes Handeln mit unternehmerischen Mitteln in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft. Die Selbsteinordnung gemäß der internationalen Standardklassifikation der Wirtschaftszweige der Vereinten Nationen zeigt, dass jedes dritte marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen im Bereich „Handel“ (17 von 64 Unternehmen) tätig ist (vgl. Abb. 2).

Eine eigene Rechtsform für Sozialunternehmen, wie beispielsweise die „Benefit Corporation“ in Großbritannien, gibt es in Deutschland bisher nicht. Ein Grund hierfür liegt unter anderem im deutschen Gemeinnützigkeitsrecht, welches in anderen Ländern weniger regulativ ausgestaltet ist.

Marktorientierte Sozialunternehmen im Freistaat Sachsen sind daher in einem weiten Spektrum verschiedener Rechtsformen angesiedelt. In Abbildung 3 ist die Verteilung der Rechtsformen in Sachsen dargestellt. Die am häufigsten vorkommende Rechtsform unter den befragten marktorientierten Sozialunternehmen ist die des Einzelunternehmens (29,2%). Der Anteil dieser Rechtsform ist damit deutlich höher als im Bundesvergleich (Bund: 9,5%) (Kiefl et al. 2022). Rund 7,7% der Einzelunternehmer*innen⁸ sind zudem Kleingewerbetreibende.

Weitere häufig genannte Rechtsformen sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) (24,6%) sowie die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) (13,8%). Weitere 12,3% der Befragten gaben an, als eingetragener Verein (e. V.) und 4,6% als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) formiert zu sein. Etwa 6,2% machten keine Angaben zu ihrer konkreten Rechtsform. Die Frage, ob ihr Unternehmen einen Gemeinnützigkeitsstatus besitzt, bejahten 18,5% der an der Umfrage teilnehmenden marktorientierten Sozialunternehmen. Der Anteil der als GmbH organisierten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen liegt damit auf vergleichbarem Niveau wie im Bundesdurchschnitt (Bund: 22,8% GmbH) (Kiefl et al. 2022).

Circa 40,0% der marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen befinden sich nach eigenen Angaben zum Zeitpunkt der Befragung in der Konsolidierungsphase, in der sich ihre Marktposition festigt. Weitere 23,1% sind in der Skalierungsphase, die durch Wachstum, zum Beispiel im Angebot oder Umsatz, geprägt ist, und 18,5% ordnen sich der Gründungsphase ihres Unternehmens zu. Schließlich haben 13,8% der befragten marktorientierten Sozialunternehmen die Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ gewählt und weitere 3,1% haben die Frage nicht beantwortet. Ein Unternehmen (1,5%) hat seine Selbstständigkeit mit dem marktorientierten Sozialunternehmen aufgegeben. Insgesamt geben diese Ergebnisse Einblicke in die heterogene Struktur und die aktuellen Entwicklungsphasen marktorientierter Sozialunternehmen in Sachsen.

UNTERNEHMENSZIELE

Sozialunternehmen in Sachsen setzen unternehmerische Mittel zur Lösung sozialer Probleme ein – damit sind sie Treiber für gesellschaftliche Veränderungen. Im Kontrast zu gewinnorientierten Unternehmen manifestiert sich der Erfolg von Sozialunternehmen nicht primär in monetären Einnahmen, sondern vielmehr in ihrer gesellschaftlichen Wirkung. Im Rahmen der Befragung marktorientierter Sozialunternehmen in Sachsen wurde untersucht, welcher Stellenwert dem sozialen Anliegen im Vergleich zu wirtschaftlichen Parametern beigemessen wird.

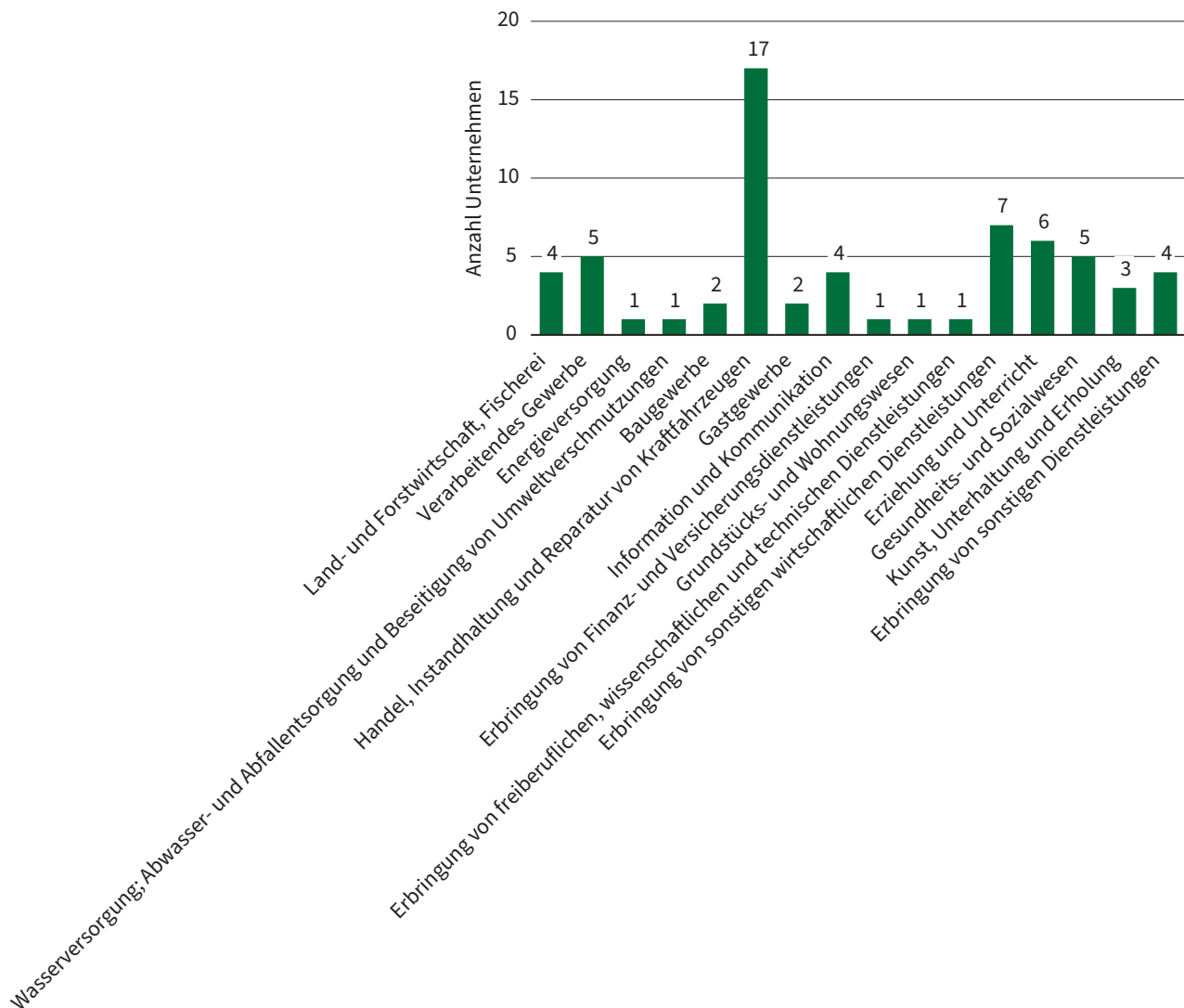
Die Befragten bewerteten auf einer Skala von „1 – trifft voll und ganz zu“ bis „5 – trifft überhaupt nicht zu“ die Aspekte der sozialen und ökologischen Wirkung als besonders bedeutsam (vgl. Abb. 4). Neben diesen zentralen Punkten wurden auch Themen wie Mitbestimmung, offenes Klima, lokales Handeln, Einnahmen und Gewinne sowie Professionalisierung und Skalierbarkeit als wichtige Faktoren identifiziert. Der Wirkungsmessung und dem Reporting sprachen die befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen eher weniger Bedeutung zu. Dies deutet darauf hin, dass für marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen der Fokus stärker auf der unmittelbaren Umsetzung sozialer und ökologischer Ziele liegt als auf formalen Bewertungsmechanismen.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR MARKTORIENTIERTE SOZIALUNTERNEHMEN

Marktorientierte Sozialunternehmen in Sachsen stehen vor vielfältigen Herausforderungen, wobei unternehmensinterne

Abb. 2

Branchenzugehörigkeit der befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen (Anzahl Unternehmen)



Fragestellung: Welcher Branche lässt sich Ihr Unternehmen zuordnen?

Quelle: Umfrage ZSH, marktorientierte Sozialunternehmen, Mittelstandsbericht Sachsen 2018-2022 (n= 64), Filter: Unternehmensaufgabe, eigene Darstellung.

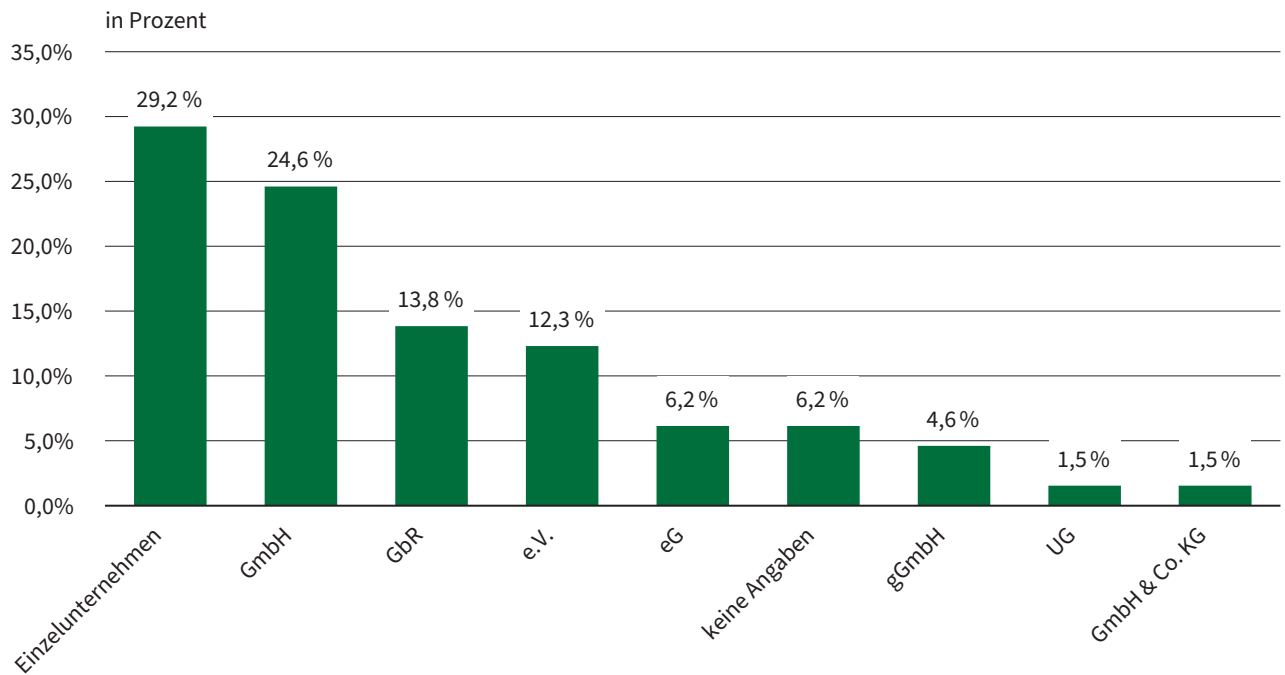
und finanzielle Faktoren als besonders herausfordernd identifiziert werden. Knappe zeitliche Ressourcen werden am häufigsten als Herausforderung benannt, gefolgt von finanziellen Ressourcen und damit verbunden mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten ihrer Ideen und personellen Ressourcen. Als weitere Herausforderung wurden hohe bürokratische Hürden, eine schwache Lobby sowie fehlende öffentliche Unterstützung, wie beispielsweise durch Kommunen, eingeordnet. Die Resonanz und Nachfrage sowie die Sichtbarkeit am Markt wird zum Teil als herausfordernd empfunden. Als sonstige Herausforderungen wurden die Sichtbarkeit in Zeiten von Corona sowie persönliche Belastungen, wie zum Beispiel das Zusammenspiel von Care-Arbeit und Selbstständigkeit, ein großer Zeit- und Organisationsaufwand sowie eine hohe mentale Belastung genannt. Wenig herausfordernd bewerteten die Unternehmen Führungskompetenzen, rechtliche Barrieren, fehlende Partner*innen sowie fehlendes betriebswirtschaftliches Wissen und fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten.

POTENZIALE MARKTORIENTIERTER SOZIALUNTERNEHMEN IN SACHSEN

Der Mittelstandsbericht Sachsen 2018-2022, aus dem hier einzelne gewonnene Erkenntnisse näher dargestellt wurden, gewährt mit seinem Sonderteil zum Thema marktorientierte Sozialunternehmen grundlegende Einblicke in die Struktur und Verbreitung marktorientierter Sozialunternehmen in Sachsen. Die Identifikation von 171 Unternehmen, die die Kriterien marktorientierter Sozialunternehmen erfüllen, kann auch im bundesweiten Vergleich als nennenswerte Zahl angesehen werden und es ist davon auszugehen, dass diese Zahl zunehmen wird. Dies betont die wachsende Bedeutung dieser Wirtschaftsakteure, welche soziale und ökonomische Ziele miteinander verbinden. Die beschriebene Vielfältigkeit der marktorientierten Sozialunternehmen verweist auf Veränderungspotenziale in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Sie können insbesondere dazu beitragen, spezifische lokale Herausforderungen anzugehen, sei es u. a. im Bereich Umweltschutz, Bildung,

Abb. 3

Rechtsform der befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen (in Prozent)



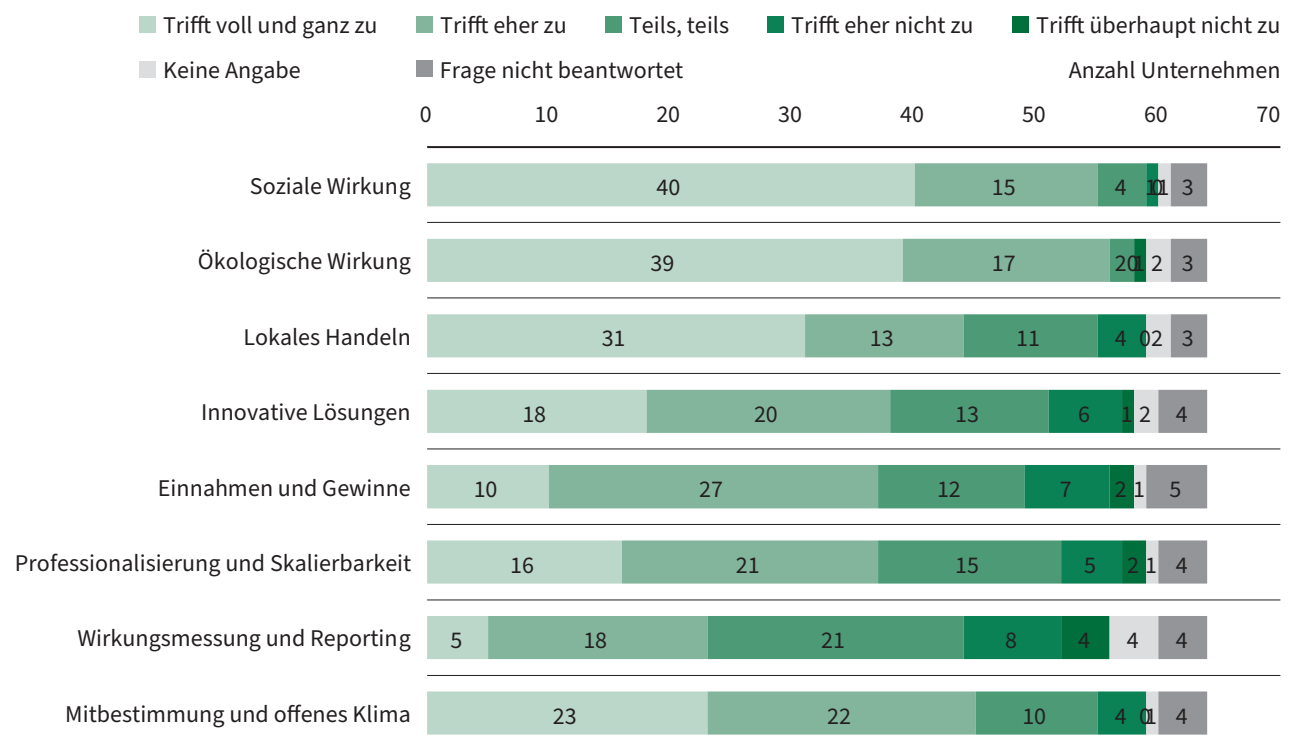
Fragestellung: Welcher Rechtsform lässt sich Ihr Unternehmen zuordnen? Benennen Sie hier bitte die konkrete Rechtsform.

eG = eingetragene Genossenschaft, UG = Unternehmergeellschaft.

Quelle: Umfrage ZSH, marktorientierte Sozialunternehmen, Mittelstandsbericht Sachsen 2018-2022 (n = 65), Abweichungen zu 100% rundungsbedingt, eigene Darstellung.

Abb. 4

Unternehmensziele der befragten marktorientierten Sozialunternehmen in Sachsen



Fragestellung: Was ist Ihnen in Ihrem Unternehmen besonders wichtig?

Skala von „1 – trifft voll und ganz zu“ bis „5 – trifft überhaupt nicht zu“

Quelle: Umfrage ZSH, marktorientierte Sozialunternehmen, Mittelstandsbericht Sachsen 2018-2022 (n = 64), Filter: Unternehmensaufgabe, eigene Darstellung.

soziale Gerechtigkeit oder Gesundheitswesen. Durch ihre Geschäftsaktivität können marktorientierte Sozialunternehmen dazu beitragen, das Bewusstsein für soziale Herausforderungen in der Bevölkerung zu schärfen und positive Veränderungen auf lokaler Ebene bewirken.

Für die Ausweitung der sozialunternehmerischen Aktivitäten und ihrer Wirkung in die Gesellschaft im Freistaat Sachsen braucht es nicht nur leistungsfähige marktorientierte Sozialunternehmen mit tragfähigen Geschäftsmodellen, sondern auch geeignete Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die Zukunft gilt es daher, die Herausforderungen anzugehen und die Potenziale zu nutzen. Dabei spielen die Nutzung der Forschungslandschaft, die Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten, Vernetzungen und künftige Regierungsinitiativen, inklusive der Förderung von Unterstützungsstrukturen und Finanzierungsinstrumenten, für die Entwicklung der sozialunternehmerischen Szene in Sachsen eine wichtige Rolle. Auf diese Weise kann die Entwicklung und Skalierung von sozialen Unternehmen unterstützt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse können als Grundlage für weitere Forschung und politische Maßnahmen dienen, um die Potenziale dieser Unternehmen zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme in Sachsen zu stärken.

LITERATUR

- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2018), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover.
- Ashoka und McKinsey (Hrsg.) (2019), Wenn aus klein systemisch wird – Das Milliardenpotenzial sozialer Innovationen, Download unter https://www.irrsinnig-menschlich.de/app/uploads/2019/03/2019_ashoka_mckinsey_wenn_aus_klein_systemisch_wird.pdf.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2021), Ressortkonzept zu Sozialen Innovationen, Berlin.
- BMWK und BMBF – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2023), Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen, Berlin.
- Cremer, G., R. Fritz und N. Goldschmidt (2018), „Soziale Dienstleistungen und Quasi-Märkte in der Sozialen Marktwirtschaft“, Zeitschrift für Politik, 65 (03), S. 335-354.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2011), Initiative für soziales Unternehmertum, 2011, Download unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0682&from=HU>.
- Evers, A., A. Zimmer, G. Schmidt und L. Klein (2014), „Stadt – Ort sozialer Innovation“, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27, Jg. 2, S. 2-7.
- Kiefl, S., K. Scharpe, M. Wunsch und P. Hoffmann (2022), Deutscher Social Entrepreneurship Monitor 2021/22, Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V. (SEND), Berlin.
- Priller, E., M. Alscher, P. J. Droß, F. Paul, C. J. Poldrack, C. Schmießer und N. Waitkus (2012), Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und organisatorische Herausforderungen, Ergebnisse einer Onlinebefragung, Discussion Paper SP IV 2012-402, WZB, Berlin.
- SMWA – Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Hrsg.) (2024), Mittelstandsbericht des Freistaates Sachsen 2018-2022, Download unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/43681>.
- Scharpe, K. und M. Wunsch (o. A.), 2. Deutscher Social Entrepreneurship Monitor 2019, Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V. (SEND), Berlin.
- Spiess-Knafl, W., R. Schües, S. Richter, T. Scheuerle und B. Schmitz (2013), „Eine Vermessung der Landschaft deutscher Sozialunternehmen“, in: Jansen, S. A., R. G. Heinze und M. Beckmann (Hrsg.), Sozialunternehmen in Deutschland, Springer VS, Wiesbaden, S. 21-34.

- 1 „Gemeinwohl ist ein politischer, gesellschaftlicher und juristischer Leitbegriff. Er richtet sich auf die Bestimmung und Sicherung der Interessen einer Gemeinschaft (ob auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene)“. (ARL 2018, S. 774)
- 2 Der Sächsische Mittelstandsbericht 2018-2022 wurde im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) erstellt.
- 3 Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse sind Teil des Sächsischen Mittelstandsberichts 2018-2022 (siehe SMWA 2024).
- 4 Die Definition des Bundes basiert auf der Social Business Initiative der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2011). Weiterhin: „Soziale Innovationen drücken sich in zahlreichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Neuerungen aus, unabhängig davon, ob sie kommerziell oder gemeinnützig organisiert sind. Sie lösen gesellschaftlich anders und möglicherweise auch besser als frühere Praktiken. Sie haben einen eigenständigen Wert und können technologieunabhängig entstehen oder aber durch technologische Innovationen begünstigt und flankiert werden. Und umgekehrt: Auch technologische Innovationen können gesellschaftsgetrieben entstehen oder durch Soziale Innovationen hervorgebracht werden.“ (BMBF 2021, S. 2).
- 5 Als Quasi-Märkte wird die Erbringung von Sozialleistungen des Sozialgesetzbuches gegen Entgelt verstanden. Im Sozialgesetzbuch wird Angebot und Nachfrage nicht über den Preis reguliert, sondern ist gesetzlich im Sozialgesetzbuch verankert (Cremer et al. 2018).
- 6 Eines der 65 Unternehmen, das an der Umfrage teilgenommen hat, gab an, die Selbstständigkeit im Jahr 2022 aufgegeben zu haben. Als Gründe dafür wurden fehlende zeitliche, materielle und finanzielle Ressourcen, aber auch fehlende Partner*innen und die Neugründung eines anderen Unternehmens benannt. Diesem Unternehmen wurden im weiteren Verlauf der Befragung nur relevante Fragen gestellt. Elf weitere Unternehmen beantworteten die Frage, ob sie die Selbstständigkeit mit dem Unternehmen aufgegeben haben, nicht und machten ebenfalls keine Angaben, ob sie noch als marktorientierte Sozialunternehmen aktiv sind. Jedoch machten diese Unternehmen im weiteren Verlauf der Befragung wertvolle Angaben, so dass sie nicht aus der Auswertung ausgeschlossen wurden.
- 7 Die Rücklaufquote ist für eine Online-Befragung sehr zufriedenstellend. Das gilt auch im Vergleich mit anderen Befragungen in diesem Bereich. So verzeichnete die WZB-Studie einen Rücklauf von 26,0% (Priller et al. 2012) und die Mercator-Studie von 15,0% (Spiess-Knafl et al. 2013). Die SEND-Befragungen verzichten auf eine kontrollierte Erhebungssituation und lassen den Fragebogen frei in Netzwerken zirkulieren (Scharpe und Wunsch 2019).
- 8 Auch jenes Unternehmen, welches die Selbstständigkeit im Jahr 2022 aufgab, firmierte zuvor als Einzelunternehmen.

Tim Scheurer*

Anreizwirkungen im kommunalen Finanzausgleich Sachsens: Die Kreisumlage im Fokus

Die Kreisumlage ist ein Element des kommunalen Finanzausgleichs, durch das die kreisangehörigen Gemeinden zur Finanzierung ihres Landkreises beitragen. Dabei werden im Sinne des angestrebten horizontalen Ausgleichs Gemeinden mit größerer lokaler Steuerbasis stärker zur Kasse gebeten. Dadurch wird der Anreiz zur Pflege der eigenen Steuerbasis, insbesondere zur Ansiedlung von Unternehmen, reduziert. Theoretisch wäre also zu erwarten, dass die Gemeinden höhere Gewerbesteuersätze wählen. In den sächsischen Gemeinden kann im Zeitraum von 2003 bis 2015 jedoch kein Zusammenhang zwischen der Kreisumlage und den Hebesätzen der Gewerbesteuer gefunden werden. Für das Ergebnis existieren mehrere mögliche Erklärungsansätze, u. a. die in der Praxis beobachteten Besonderheiten bei der lokalen Steuerpolitik.

EINLEITUNG

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) in den deutschen Bundesländern soll für eine gleichmäßige Finanzausstattung aller Gemeinden sorgen. Dafür erhalten finanzschwächere Gemeinden im KFA höhere Zuweisungen, während besonders finanzkräftige Gemeinden in der Regel in den Finanzausgleich einzahlen. So wird die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ermöglicht, die ein erklärtes politisches und gesellschaftliches Ziel ist. Allerdings hat der KFA möglicherweise auch Auswirkungen auf den Standortwettbewerb zwischen Gemeinden. Im KFA wird eine größere lokale Steuerbasis mit einer Reduzierung der Ausgleichstransfers „bestraft“. Dementsprechend haben Gemeinden einen geringeren Anreiz, sich um die Ansiedlung von Unternehmen zu bemühen. Deshalb wählen sie womöglich höhere Steuersätze bei den von ihnen gestaltbaren Steuern, als sie es ohne den KFA tun würden. Die zentrale Frage lautet daher, ob der Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden durch den KFA tatsächlich abgeschwächt wird.

Konkret fokussiert sich dieser Artikel auf ein bestimmtes Element des KFA, nämlich die Kreisumlage. Dabei handelt es sich um eine Zahlung der kreisangehörigen Gemeinden an ihren Landkreis. Die Umlage ist umso höher, je größer die Steuerbasis einer Gemeinde. Dementsprechend reduziert sich der Anreiz, sich um die Ansiedlung von Unternehmen zu bemühen. Deshalb lässt eine Ausweitung der Kreisumlage höhere Steuersätze in den Gemeinden erwarten. Für die empirische Untersuchung dieses Zusammenhangs werden die Daten sächsischer Gemeinden herangezogen. Analysiert wird der Zeitraum von 2003 bis 2015.

ANREIZE IM KFA UND BISHERIGE LITERATUR

Der KFA besteht allgemein aus Zuweisungen vom Land an die Kommunen sowie in geringerem Maß aus Finanzflüssen zwischen den Kommunen. Damit wird zum einen die kommunale Ebene mit Landesmitteln unterstützt, wenn sie im Verhältnis zu

ihren Aufgaben über zu geringe Mittel verfügt (vertikaler Ausgleich). Zum anderen werden Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen Kommunen reduziert, um flächendeckend gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen (horizontaler Ausgleich). Zweiteres geschieht dadurch, dass ein wesentlicher Teil der Transfers im KFA an die lokale Finanzkraft geknüpft ist.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden setzen sich zum größten Teil aus Anteilen am Einkommen- und Umsatzsteueraufkommen sowie den Realsteuereinnahmen (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer) zusammen. Bei den Realsteuern sind Steuergegenstand und Steuermesszahl bundesweit einheitlich festgelegt, die Gemeinden aber einen individuellen Hebesatz für alle drei Steuern festlegen¹. Die Finanzkraft einer Gemeinde, die für die Ausgleichstransfers maßgeblich ist, basiert bei den Realsteuern nicht auf den Ist-Steuereinnahmen, sondern auf einem hypothetischen Steuereinkommen, welches die Gemeinden bei der Wahl eines über alle Gemeinden einheitlichen durchschnittlichen Steuersatzes erzielen würden. Somit ergeben sich Finanzkraftunterschiede zwischen den Gemeinden aus unterschiedlich großen Steuerbasen, nicht aber aus Unterschieden in den Hebesätzen.

Die Gewerbesteuer wird auf Gewerbeerträge im Gemeindegebiet erhoben. Die Höhe des lokalen Hebesatzes ist ein Standortfaktor für Unternehmen (vgl. Büttner 2003)². Gemeinden konkurrieren durch die Wahl ihrer Hebesätze untereinander um die Ansiedlung von Unternehmen. Dies wird als Steuerwettbewerb bezeichnet. Ein hoher Hebesatz könnte Unternehmen davon abhalten, sich in der Gemeinde anzusiedeln. Der Steuerwettbewerb diszipliniert also die Gemeinden und drückt die Hebesätze.

Durch den KFA wird diese Situation verändert. Gemeinden mit einer geringeren Gewersteuerbasis erhalten (unter sonst gleichen Bedingungen) höhere Transfers aus dem Finanzausgleich. Der Nachteil einer Erhöhung des Hebesatzes für die

* Tim Scheurer war zum Zeitpunkt des Erstellens des Beitrags studentische Hilfskraft an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Gemeinde, nämlich die Abwanderung von Unternehmen und damit Steuerbasis, wird durch den KFA teilweise ausgeglichen. Der Wettbewerbsdruck auf die Gemeinde wird also abgeschwächt (Bauer 2017). Dies lässt erwarten, dass der KFA zu höheren Gewerbesteuerhebesätzen führt. Umgekehrt sollte ein Zurückschrauben des Finanzausgleichs den Steuerwettbewerb stärken und die Gemeinden zur Reduzierung der Hebesätze veranlassen.

Die Auswirkung des Finanzausgleichs auf den Steuerwettbewerb wurde in einer Reihe empirischer Studien untersucht.³ Gemeinden in Baden-Württemberg wählen einen umso höheren Gewerbesteuerhebesatz, je stärker ihre Ausgleichstransfers von der Gewersteuerbasis abhängen (Büttner 2006). In Niedersachsen fand 1999 eine Reform des KFA statt, wodurch für einige Gemeinden ein verringerter Ausgleichsgrad festgelegt wurde (Egger et al. 2010). Die KFA-Zuweisungen an die betroffenen Gemeinden waren damit weniger sensibel für Veränderungen der Gewerbesteuerbasis. Die von der Reform betroffenen Gemeinden wählten in der Folge geringere Gewerbesteuerhebesätze. Auch in Nordrhein-Westfalen wurde durch ein Verfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1993 eine Reform des KFA nötig. Diese bestand in einer Anhebung des Nivellierungshebesatzes für Gemeinden mit weniger als 150 000 Einwohnern. Infolgedessen reagierten die Mittelflüsse im KFA stärker auf Veränderungen der Gewerbesteuerbasis. Die Studien von Rauch und Hummel (2016) sowie Holm-Hadulla (2020) offenbaren einen signifikanten Anstieg der Hebesätze durch die Reform.

Die genannten Arbeiten zeigen, dass die Gewerbesteuerhebesätze umso höher liegen, je stärker der KFA die Unterschiede in der Finanzkraft ausgleicht. Dies folgt der oben beschriebenen Logik: Die Abwanderung von Firmen infolge von Steuererhöhungen reduziert die lokale Steuerbasis, was jedoch durch den Finanzausgleich teilweise kompensiert wird. Je höher der Ausgleich, desto weniger Rücksicht muss die Gemeinde auf die eigene Steuerbasis nehmen. Die empirischen Ergebnisse sprechen dafür, dass der Finanzausgleich den Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden reduziert.

KFA IN SACHSEN – DIE KREISUMLAGE

Im Folgenden soll die Anreizwirkung des KFA für den sächsischen Finanzausgleich empirisch geprüft werden. Dabei steht ein Ausgleichselement im Fokus, das in den genannten Studien noch nicht eingehender analysiert wurde, nämlich die Kreisumlage. Dies ist eine Zahlung von Gemeinden an den ihnen übergeordneten Landkreis, die ebenfalls von der Finanzkraft abhängig ist. Die Darstellungen und Analysen konzentrieren sich auf die Perspektive von kreisangehörigen Gemeinden, da nur diese von der Kreisumlage betroffen sind.

Je finanzstärker eine Gemeinde, desto höher ist die Kreisumlage. Der Umlagesatz bestimmt, wie stark dieser Zusammenhang ist. Bei einem hohen Umlagesatz werden Gemeinden mit großer Steuerbasis stärker belastet. Damit ist die Ausgleichswirkung größer. Die Pflege der eigenen Steuerbasis lohnt sich weniger und der Steuerwettbewerb wird abgeschwächt. Für die empirische Untersuchung bedeutet das konkret, dass bei höheren Umlagesätzen durchschnittlich höhere Gewerbesteuerhebesätze zu erwarten sind.

EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

Die relevanten Daten für die Analyse stammen vom Statistischen Landesamt und dem Sächsischen Staatsministerium der Finanzen. In der Untersuchung werden nur Gemeinden berücksichtigt, deren Gebiet zwischen 2003 und 2019 nicht (durch Eingemeindungen/Vereinigungen) verändert wurde. Dadurch verbleiben 331 Gemeinden (Gebietsstand 2019) für die Analyse der Hebesätze zwischen 2003 und 2015.

In Abbildung 1 sind zunächst die Hebesätze der Gewerbesteuer gegen die für die Gemeinden jeweils gültigen Kreisumlagesätze im gesamten Untersuchungszeitraum abgetragen. Je höher der Umlagesatz, desto stärker werden Gemeinden in Abhängigkeit von ihrer Finanzkraft durch die Kreisumlage belastet. Dementsprechend weniger lohnend ist die Ausweitung der lokalen Steuerbasis durch die Ansiedlung von neuen Unternehmen. Bei höheren Umlagesätzen (Abszisse) sollten folglich höhere Hebesätze (Ordinate) zu beobachten sein. In den Daten zeigt sich ein leicht positiver Zusammenhang, verdeutlicht durch die eingezeichnete Gerade einer einfachen linearen Regression. Das könnte aber beispielsweise auch dadurch getrieben sein, dass sich sowohl die Umlagesätze als auch die Hebesätze im Durchschnitt über die Zeit erhöht haben. Ein kausaler Zusammenhang lässt sich aus Abbildung 1 noch nicht ableiten.

Für belastbare Aussagen werden Regressionsanalysen herangezogen. Damit soll der Einfluss des Kreisumlagesatzes auf den Hebesatz der Gewerbesteuer ermittelt werden. Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, um bestmöglich einen kausalen Zusammenhang nachzuweisen (vgl. Box 1). Der schwach positive Zusammenhang in Abbildung 2 erweist sich in der eingehenden empirischen Analyse als nicht statistisch signifikant. Ein Effekt der Kreisumlage auf den Steuerwettbewerb lässt sich basierend darauf also nicht bestätigen.

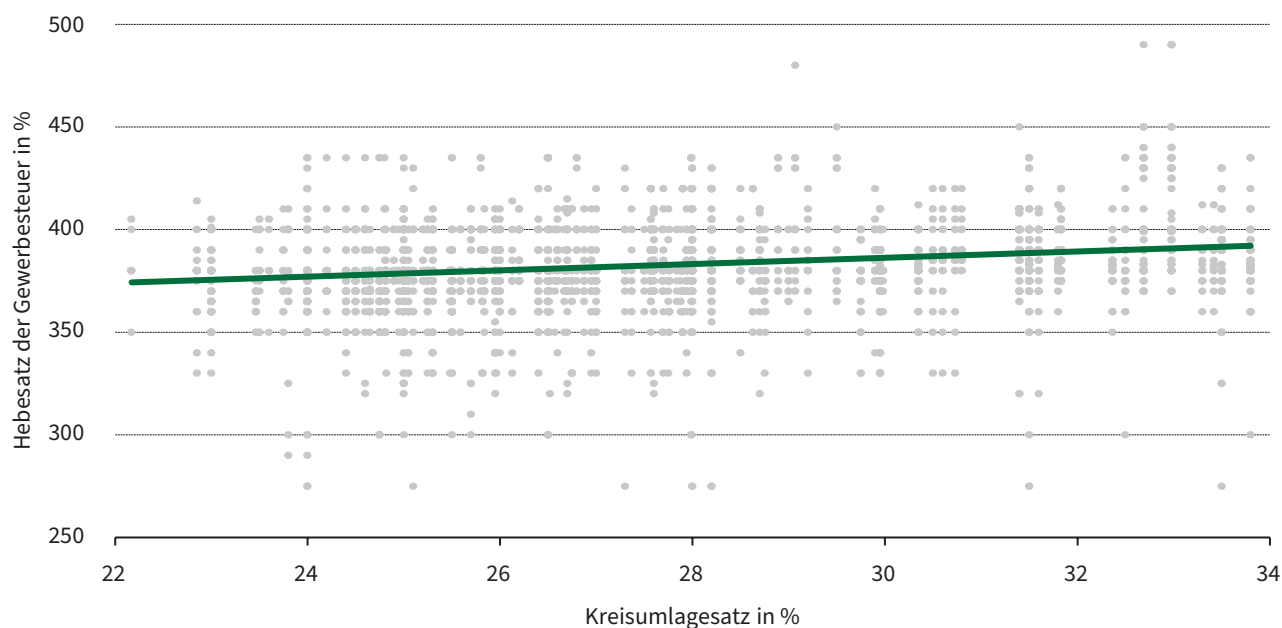
Box 1

In allen Regressionen werden fixe gemeindeindividuelle und Zeiteffekte berücksichtigt. Daneben werden Kontrollvariablen berücksichtigt, die einen Teil der Variation in den Hebesätzen erklären könnten. Dazu werden hier die Einwohnerzahl und das Verhältnis von Steuerkraft zu ermitteltem Finanzbedarf genutzt. Die Regressionsschätzung wird für verschiedene Stichproben wiederholt. Neben der Gesamtheit der 331 Gemeinden werden nur diejenigen Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern (Stand 2003, $n = 262$) getestet. Eine dritte Alternative besteht aus Gemeinden, die im Untersuchungszeitraum durchgängig Ausgleichstransfers erhalten haben ($n = 272$). Als erklärende Variable wird jeweils der Kreisumlagesatz aus dem aktuellen und alternativ aus dem Vorjahr verwendet. Damit wird die Möglichkeit berücksichtigt, dass die Gemeinden mit Verzögerung auf Änderungen des Umlagesatzes reagieren.

Die Kreisumlage ist eine wichtige Finanzierungsquelle der Landkreise. Den Kreisumlagesatz kann jeder Kreis selbst festlegen und jährlich entsprechend seiner Finanzierungsbedürfnisse anpassen. Die finanzielle Lage in den Landkreisen hängt auch von den Gemeinden ab. Es ist also möglich, dass

Abb. 1

Zusammenhang zwischen Hebesätzen der Gewerbesteuer und Kreisumlagesätzen, gesamter Zeitraum 2003 bis 2015



Anmerkung: Alle 331 kreisangehörigen sächsischen Gemeinden ohne Gebietsänderungen zwischen 2003 und 2019.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

der Umlagesatz gleichzeitig durch die Gemeinden beeinflusst wird. Beim Zusammenhang zwischen Umlagesatz und Hebesätzen läge dann eine umgekehrte Kausalität vor. Für die empirische Untersuchung wäre aber eine Situation optimal, in der ein Einfluss der Gemeinden auf die Umlagesätze ausgeschlossen wird. Dafür kann die sächsische Kreisreform von 2008 herangezogen werden. Im Zuge der Reform wurden einige Landkreise zusammengeschlossen. Die Umlagesätze, die für die alten Kreisgebiete gegolten haben, mussten angepasst werden, da im zusammengeschlossenen Landkreis ein für alle Gemeinden einheitlicher Umlagesatz festgelegt wird. Die Änderungen des Umlagesatzes von 2008 auf 2009 sind also durch einen anderen Faktor bestimmt als nur die finanzielle Lage der Gemeinden. Dadurch entsteht eine Art natürliches Experiment, um die Auswirkung der Kreisumlagesätze auf die Hebesätze zu beobachten.

Die untersuchten Gemeinden werden dafür in zwei Gruppen unterteilt. Die Einteilung basiert auf der Änderung des Umlagesatzes zwischen 2008 und 2009, also im Zuge der Reform. In die Kontrollgruppe werden Gemeinden eingeordnet, für die sich der Umlagesatz nicht erhöht hat (Änderung von max. +0,05 Prozentpunkten) oder gesenkt wurde. Die Testgruppe besteht aus Gemeinden, die 2009 von Erhöhungen des Umlagesatzes betroffen waren⁴. Die durchschnittlichen Hebesätze der beiden Gruppen im Zeitverlauf sind in Abbildung 2 dargestellt. Von Interesse ist die Entwicklung der Linien nach der Reform im Jahr 2008. Wenn die Kreisumlage den Steuerwettbewerb tatsächlich abschwächt, dann sollte eine Ausweitung dieser in Form eines höheren Umlagesatzes die Hebesätze erhöhen. In der Grafik müsste der durchschnittliche Hebesatz der Testgruppe (dunkelgrüne Linie) nach der Reform nach oben knicken und danach mit größerem Abstand zur Kontrollgruppe (hellgrüne Linie) verlaufen. Dies ist jedoch nicht zu beobachten.

DISKUSSION

Ein Einfluss der Kreisumlage auf die Hebesätze der Gemeinden, wie er aus Modellen des Steuerwettbewerbs abgeleitet wird, konnte in der vorliegenden Untersuchung für Sachsen nicht nachgewiesen werden. Das spricht dafür, dass die Kreisumlage den Steuerwettbewerb nicht abschwächt oder generell kaum Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden besteht.

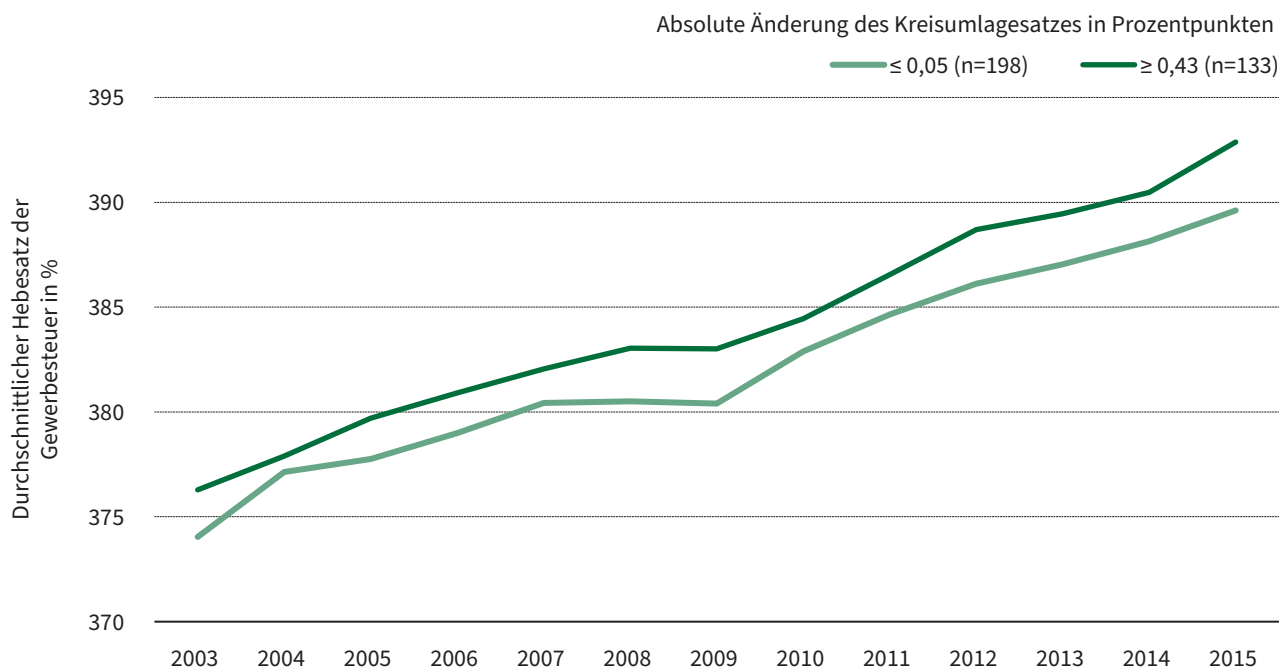
Andere empirische Arbeiten zum KFA in Deutschland konnten jedoch eine Abschwächung des Steuerwettbewerbs feststellen. Allerdings bestehen Unterschiede zu diesen Untersuchungen. Zum einen sind andere Bundesländer (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) analysiert worden. Zum anderen basieren die Studien auf wesentlichen Änderungen eines Ausgleichsparameters, z. B. des Ausgleichsgrads (Egger et al. 2010) oder des Nivellierungssatzes (Rauch und Hummel 2016). Dagegen sind die Änderungen des Kreisumlagesatzes im hier betrachteten Untersuchungszeitraum eher klein. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass in den sächsischen Gemeinden keine signifikanten Reaktionen des Hebesatzes festgestellt wurden.

Die Gemeinden ändern ihre Hebesätze insgesamt selten. Dies wird in Abbildung 3 verdeutlicht. Zwischen 2003 und 2015 haben etwa ein Drittel der untersuchten sächsischen Gemeinden keine Änderung des Hebesatzes der Gewerbesteuer vorgenommen. Nur 16 Gemeinden haben den Hebesatz mehr als zweimal geändert. Kleine Variationen im Kreisumlagesatz sind womöglich kein ausreichender Anreiz für eine Änderung des Hebesatzes.

Hinzu kommt, dass die Gemeinden häufig „runde“ Hebesätze wählen, also durch zehn oder fünf teilbare Werte. Der Großteil der Hebesätze konzentriert sich dabei auf einige wenige Werte, wie in Abbildung 4 zu sehen ist. Im Jahr 2015 lag

Abb. 2

Vergleich des durchschnittlichen Hebesatzes in beiden Gruppen, unterschieden nach der Änderung des Kreisumlagesatzes von 2008 auf 2009



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

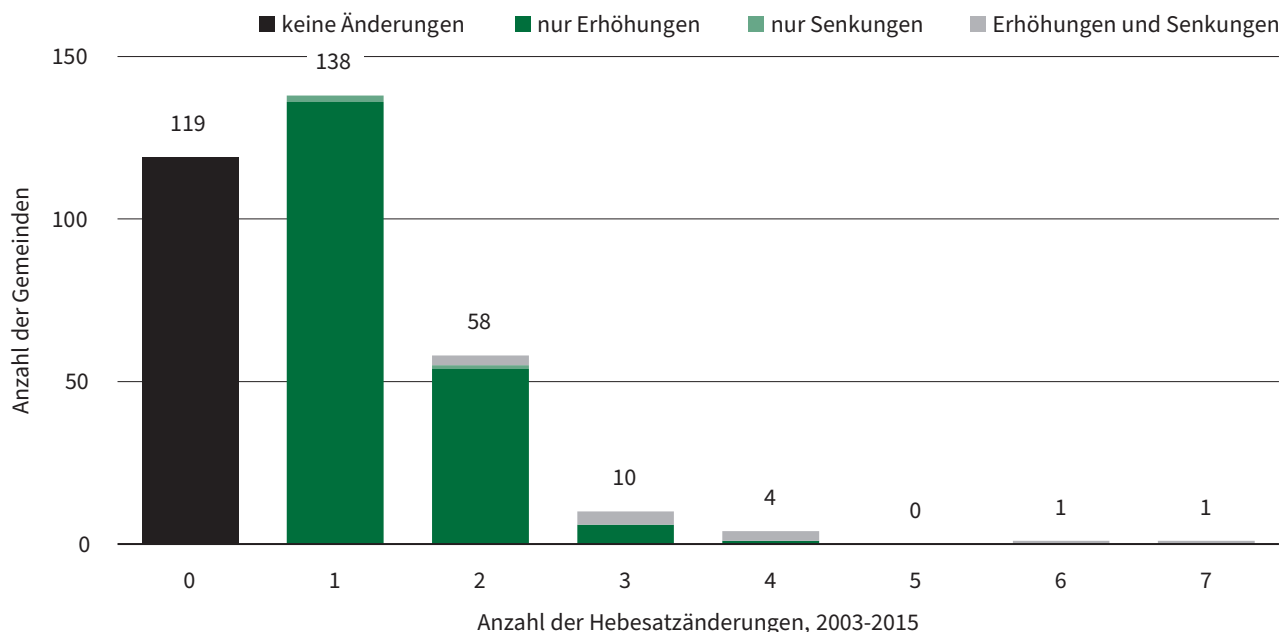
rund ein Viertel der betrachteten Hebesätze der Gewerbesteuer bei 400%. Weitere häufig auftretende Hebesätze liegen bei 380% und 390%. Diese drei Werte machen zusammen zwei Drittel der Hebesätze im Jahr 2015 aus. In Steuerwettbewerbsmodellen geht man hingegen von kontinuierlichen Variationen der Steuersätze aus. Das deckt sich aber nicht mit dem empirischen Bild. Stattdessen sind in der Praxis diskrete Sprünge der Hebesätze üblich. Dies könnte ein weiteres Argument dafür sein,

dass die Änderungen im Kreisumlagesatz zu klein waren, um die Gemeinden zur Änderung des Hebesatzes zu veranlassen.

Die Ballung der Steuersätze auf bestimmte Werte könnte auch ein Indiz dafür sein, dass sich die Gemeinden untereinander vergleichen und an bestehenden Hebesätzen orientieren. Einen Erklärungsansatz dafür liefert die Theorie des Yardstick-Wettbewerbs (Besley und Case 1995). Wähler*innen in einer Region vergleichen die Politik ihrer Regierung mit der Politik in

Abb. 3

Häufigkeit von Änderungen des Gewerbesteuerhebesatzes in den untersuchten Gemeinden

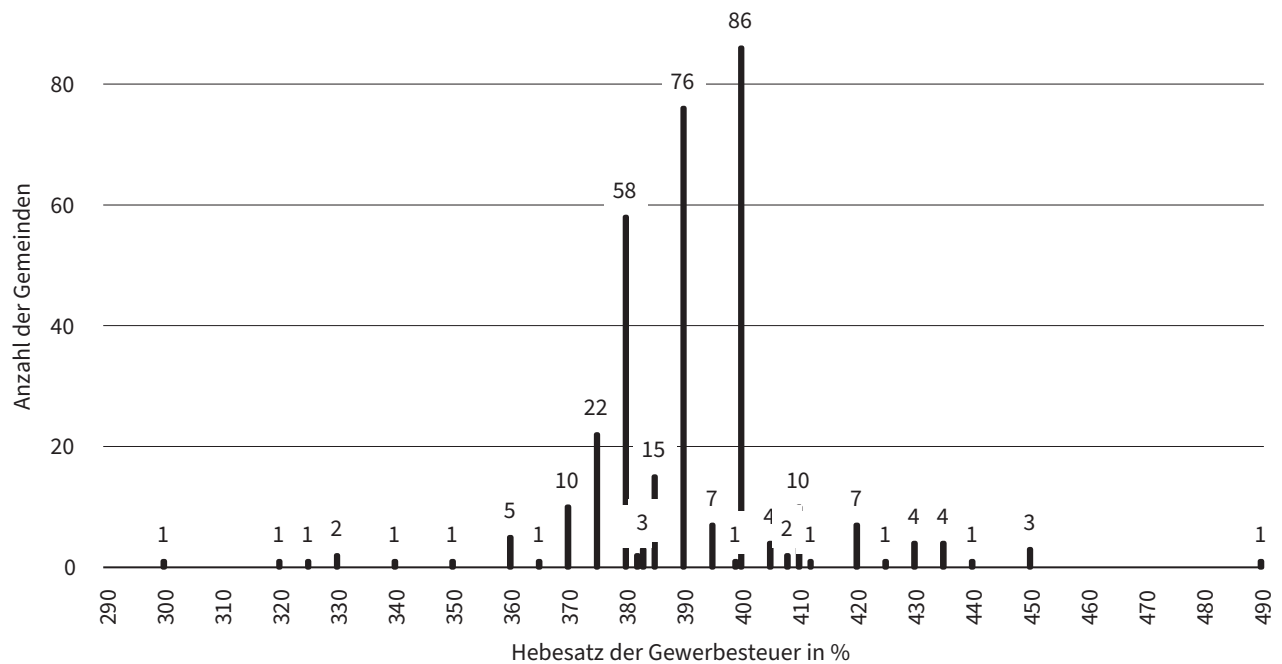


Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4

Hebesätze der Gewerbesteuer der untersuchten Gemeinden im Jahr 2015



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

benachbarten Gebietskörperschaften. Um die Gunst der Wählerschaft nicht zu verlieren, wählen Politiker*innen dann eher Hebesätze, die auch in den benachbarten Gemeinden vorliegen. Dementsprechend muss ein Anreiz durch den KFA ausreichend groß sein, um eine Reaktion der lokalen Politik zur Folge zu haben. Zusammenfassend sind die Änderungen des Umlagesatzes wahrscheinlich zu klein, um aus Sicht der Gemeinden eine Neuausrichtung ihres Hebesatzes zu rechtfertigen.

Egger, P., M. Köthenburger und M. Smart (2010), „Do Fiscal Transfers Alleviate Business Tax Competition? Evidence from Germany“, *Journal of Public Economics* 94 (03), S. 235-246.

Ferede, E. (2017), „The Incentive Effects of Equalization Grants on Tax Policy: Evidence from Canadian Provinces“, *Public Finance Review* 45 (06), S. 723-747.

Holm-Hadulla, F. (2020), Fiscal Equalization and the Tax Structure, *Regional Science and Urban Economics* 81.

Rauch, A. und C.-A. Hummel (2016), „How to Stop the Race to the Bottom“, *International Tax and Public Finance* 23 (05), S. 911-933.

Smart, M. (2007), „Raising Taxes through Equalization“, *Canadian Journal of Economics* 40 (04), S. 1 188-1 212.

LITERATUR

Bauer, D. (2017), „Die Anreizwirkungen des kommunalen Finanzausgleichs“, *ifo Dresden berichtet* 24 (02), S. 26-30.

Besley, T. und A. Case (1995), „Incumbent Behavior: Vote-Seeking, Tax-Setting, and Yardstick Competition“, *The American Economic Review* 85 (01), S. 25-45.

Büttner, T. (2003), „Tax Base Effects and Fiscal Externalities of Local Capital Taxation: Evidence from a Panel of German Jurisdictions“, *Journal of Urban Economics* 54 (01), S. 110-128.

Büttner, T. (2006), „The Incentive Effect of Fiscal Equalization Transfers on Tax Policy“, *Journal of Public Economics* 90 (03), S. 477-497.

Büttner, T., W. Scheffler und A. von Schwerin (2014), „Die Hebesatzpolitik bei der Gewerbesteuer nach den Unternehmensteuerreformen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15 (04), S. 346-354.

Büttner, T. und M. Krause (2021), „Fiscal Equalization as a Driver of Tax Increases: Empirical Evidence from Germany“, *International Tax and Public Finance* 28 (01), S. 90-112.

Dahlby, B. und N. Warren (2003), „Fiscal Incentive Effects of the Australian Equalisation System“, *The Economic Record* 79 (247), S. 434-445.

- 1 Beispielsweise beträgt die Steuermesszahl der Gewerbesteuer 3,5%. Wählt die Gemeinde einen Hebesatz von z. B. 400%, dann beträgt der Steuersatz der Gewerbesteuer in dieser Gemeinde 14%.
- 2 Da die Gewerbesteuer von der Einkommensteuerschuld abzugsfähig ist (maximal bis zum 1,8-fachen (2001-2007) bzw. 3,8-fachen (2008-2019) des Steuermessbetrags, äquivalent zu einem Hebesatz von 180% bzw. 380%), ist der Hebesatz als Standortfaktor für Personengesellschaften erst ab einer entsprechenden Höhe der Hebesätze von Bedeutung. Dies wird von Büttner et al. (2014) aufgezeigt, soll hier aber nicht weiter diskutiert werden.
- 3 Hier sollen nur Ergebnisse aus Arbeiten zum kommunalen Finanzausgleich in Deutschland näher betrachtet werden. Zum Länderfinanzausgleich und ähnlichen Ausgleichssystemen in anderen Ländern, z. B. Kanada, existieren ebenfalls empirische Arbeiten, etwa von Dahlby und Warren (2003), Smart (2007), Ferede (2017) oder Büttner und Krause (2021).
- 4 Die minimale Erhöhung beträgt 0,43 Prozentpunkte. Änderungsbeträge zwischen +0,05 und +0,43 sind nicht aufgetreten.

Xenia Frei und Maximilian Rose*

Kommunen und Länder bauen öffentliche Beschäftigung aus

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nimmt stetig zu. Bereits seit 2008 wächst der öffentliche Dienst schneller als die Bevölkerung; insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen. Während im Jahr 2008 noch 55 Beschäftigte je 1000 Einwohner im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, waren es im Jahr 2022 rund 62. Dies entspricht einem Anstieg von 13%. Getrieben wird dieser Beschäftigungsanstieg von der öffentlichen Verwaltung, dem Bereich „Soziales und Jugend“ und der Beschäftigung an Hochschulen.

EINLEITUNG

Am 23. Juni findet der weltweite *Tag des Öffentlichen Dienstes* statt. Gemessen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)¹ waren 2022 in Deutschland 4,56 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Dies entspricht 62 Beschäftigten je 1000 Einwohner. In den Jahren 2000 bis 2008 war die Beschäftigung im öffentlichen Dienst zunächst bis auf 55 Beschäftigte je 1000 Einwohner zurückgegangen. Seit 2008 bis 2021 war sie jedoch erneut um 13% angestiegen. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, ist der Großteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene beschäftigt, gefolgt von den Kommunen.

Auf diese beiden Ebenen geht auch der Beschäftigungsanstieg vornehmlich zurück. Auf Landesebene waren 2008 rund 24 Beschäftigte je 1000 Einwohner im öffentlichen Dienst angestellt. Die Beschäftigung wuchs bis 2022 auf 27 Beschäftigte

je 1000 Einwohner an. Dies entspricht einem Anstieg von 12,5% in 14 Jahren. Auf Kommunalebene stieg die Beschäftigtenanzahl je 1000 Einwohner von 16 im Jahr 2008 auf 18 im Jahr 2022. Auf Bundesebene und bei der Sozialversicherung blieb die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in den vergangenen 20 Jahren recht konstant.

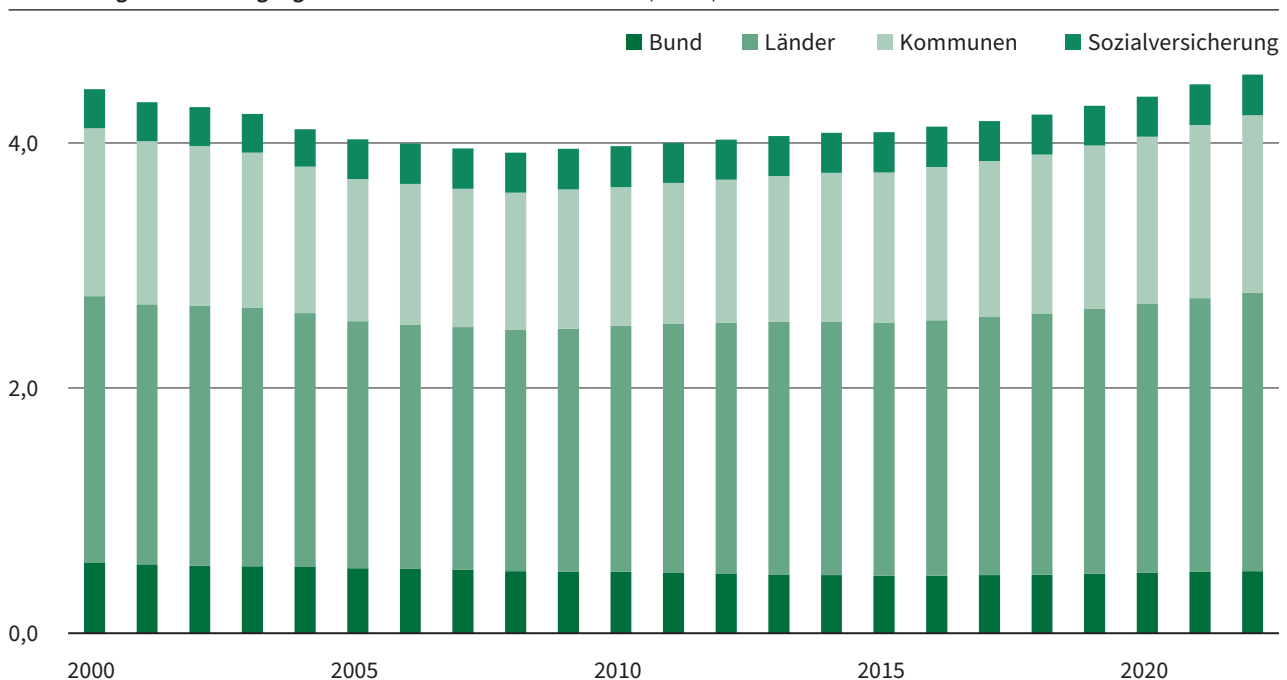
BESCHÄFTIGTENBEREICH LAND

Der Beschäftigungsbereich Land stellt bundesweit etwa die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ist in zahlreiche Aufgabenbereiche untergliedert. Die beschäftigungsintensivsten Bereiche sind „Allgemeinbildende und berufliche

* Xenia Frei ist Doktorandin und Maximilian Rose ist studentische Hilfskraft an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach Ebenen (in Mill.)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Schulen“ (33% der Landesbeschäftigten), „Allgemeine Dienste“ (33%) und „Hochschulen“ (22%). Von 2006 bis 2021 wuchs die Beschäftigung auf Landesebene sowohl in West- als auch in Ostdeutschland (vgl. Abb. 2). Gewachsen sind insbesondere die Bereiche „Hochschulen“, „Allgemeinbildende und berufliche Schulen“ und „Politische Führung und zentrale Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten“.

Besonders die Beschäftigtenanzahl an den Hochschulen stieg von 2006 bis 2021 an. Bundesweit wuchs in dieser Zeit die Anzahl der Hochschulbeschäftigten pro 1000 Einwohner von 4 auf 6, dies entspricht einem Anstieg um 50%. Noch 2006 war der Hochschulsektor in Westdeutschland deutlich ausgeprägter als in Ostdeutschland. Bis 2021 glichen sich die Unterschiede merklich an. Während 2006 noch 13% und 2012 rund 14% mehr Hochschulpersonal je Einwohner im Westen arbeitete, schrumpfte dieser Vorsprung 2021 auf nur 4,5%.

Der Bereich „Allgemeinbildende und berufliche Schulen“ stellt mit knapp über einem Drittel der Beschäftigten auf Landesebene einen beachtlichen Anteil dar, welcher sich bundesweit jedoch von 2006 bis 2021 kaum verändert. Die Beschäftigung je Schüler variiert allerdings zwischen Ost- und Westdeutschland. Trotz einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung im Osten steigt die Anzahl der Schüler*innen seit 2012 wieder an. Die Beschäftigung im Bereich „Allgemeinbildende und berufliche Schulen“ wächst im Osten zwar unterproportional zur Schülerzahl, dennoch kamen 2021 etwa 71 Beschäftigte auf 1000 Schüler, während es 2006 noch 68 waren. Im Westen nimmt die Schülerzahl hingegen schon seit 2006 ab. Durch die sinkenden Schülerzahlen und stagnierende, teils

wachsende Beschäftigtenzahlen nähern sich die Beschäftigten je Schüler an. Der Schlüssel wuchs von 56 Beschäftigte je 1000 Schüler in 2006 auf 69 im Jahr 2021.

Die Beschäftigtenanzahl des Bereiches „Allgemeine Dienste“ veränderte sich im Beobachtungszeitraum kaum. Lediglich der Unterbereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten“ wuchs bundesweit auf niedrigem Niveau um ca. 18% auf 1,74 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Jahr 2021.

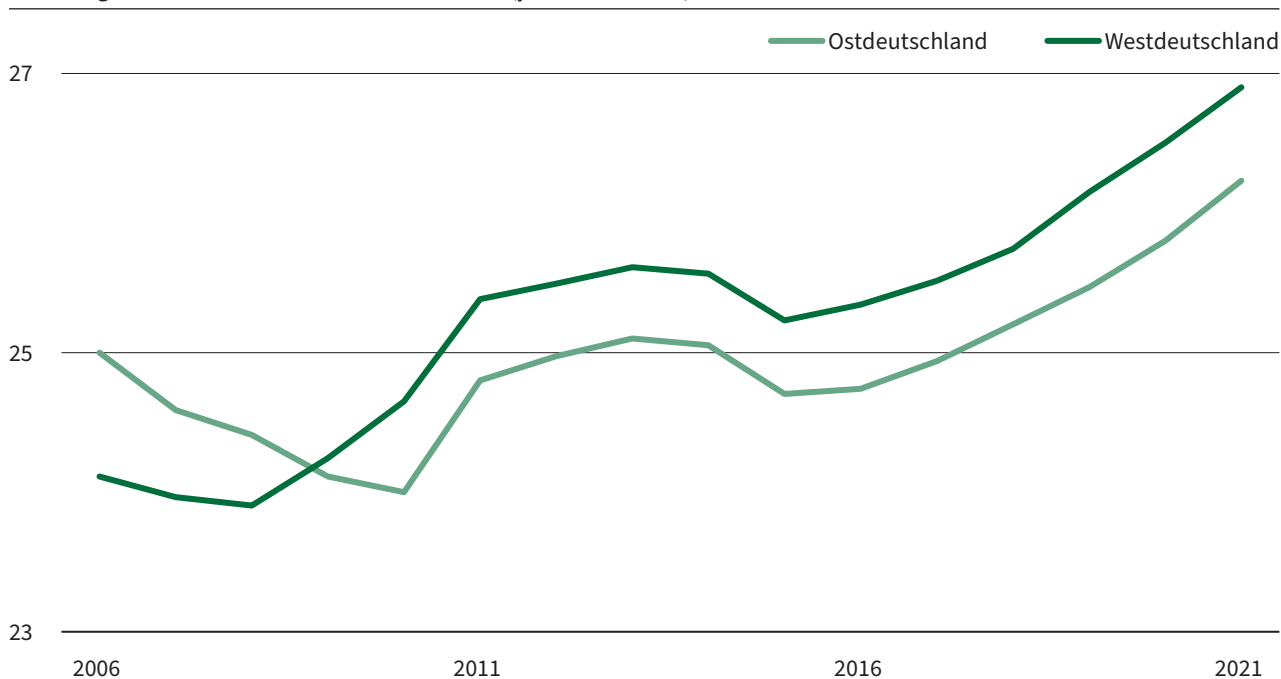
BESCHÄFTIGTENBEREICH KOMMUNE

Der öffentliche Dienst ist besonders in den Kommunen stark gewachsen. Statt 15 Beschäftigten je 1000 Einwohner in 2006 arbeiteten 2021 auf kommunaler Ebene 18 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dies stellt einen Anstieg von rund 20% innerhalb von 15 Jahren dar (vgl. Abb. 3). Zwischen Ost- und Westdeutschland sind die Unterschiede in der Beschäftigung je Einwohner deutlich geringer als auf Landesebene.

Das Wachstum auf der Kommunalebene lässt sich auf die steigenden Beschäftigtenzahlen in den großen Bereichen „Zentrale Verwaltung“ sowie „Soziales und Jugend“ zurückführen. Im Bereich „Zentrale Verwaltung“ wuchs insbesondere die „Innere Verwaltung“ mit 32% von 2012 auf 2021.² Die „Innere Verwaltung“ machte mit insgesamt 303650 VZÄ ca. 21% der Beschäftigung auf kommunaler Ebene aus. Der Bereich „Soziales und Jugend“ wuchs zwischen 2012 und 2021 um 40% und machte 2021 etwa 27% der kommunalen Beschäftigung aus. Besonders stark wuchs der Bereich „Tageseinrichtungen für

Abb. 2

Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf Landesebene (je 1000 Einwohner)



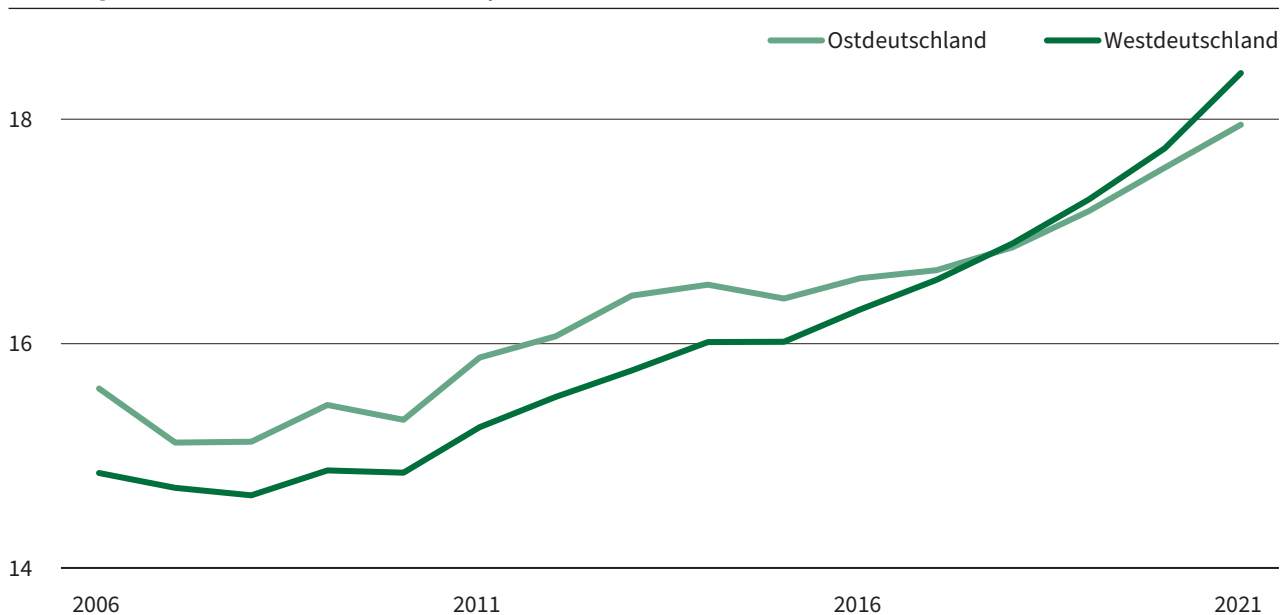
Anmerkung: Abgebildet sind Beschäftigte je 1000 Einwohner von 2006 bis 2021. Es wird damit der längst mögliche, konsistent verfügbare Zeitraum dargestellt. Der visuell bemerkbare „Hügel“ in den Beschäftigten je 1000 Einwohner geht auf die Bevölkerungszahl zurück. Diese sank in den Jahren 2008 bis 2011 stark, um im Nachgang stetig zu steigen. In den Jahren 2014 bis 2016 war das Bevölkerungswachstum besonders ausgeprägt, was die Hügelform der Beschäftigten je 1000 Einwohner bewirkt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3

Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Kommunen (je 1000 Einwohner)



Anmerkung: Abgebildet sind Beschäftigte je 1000 Einwohner von 2006 bis 2021. Es wird damit der längst mögliche, konsistent verfügbare Zeitraum dargestellt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Kinder“ mit 57%, der 2021 insgesamt 54% der kommunalen Beschäftigung ausmachte. Im Westen war das Wachstum dieses Bereiches mit 63% deutlich größer als im Osten mit 39%. Das Wachstum dürfte insbesondere auf eine Zunahme der Adressatengruppe zurückzuführen sein. Im Beobachtungszeitraum stieg sowohl die Zahl der unter-6-jährigen Bevölkerung, als auch die Betreuungsquote dieser Bevölkerungsgruppe in Tageseinrichtungen.

FAZIT

Der öffentliche Dienst wächst schneller als die Bevölkerung. Das Wachstum findet insbesondere an Hochschulen, im Bereich „Soziales und Jugend“ sowie in der Verwaltung statt. Die Erklärung für dieses Wachstum liegt teilweise im Wachstum der Adressatengruppe. So wuchsen im Beobachtungszeitraum beispielsweise auch die Studierendenzahl sowie die Zahl der Schüler*innen. Die zunehmende Beschäftigung im Bereich „Soziales und Jugend“ könnte zudem durch eine Ausweitung des Betreuungsumfangs von Unter-6-Jährigen erklärt werden. Dies würde auch die Konvergenz der Westbeschäftigung zur Ostbeschäftigung auf kommunaler Ebene erklären.

LITERATUR

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2024), Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Kinder unter 6 Jahren, Download unter <https://www.inkar.de/>, abgerufen am 28. April 2024.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie / 14 / 6, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023a), Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2023b), Schüler in beruflichen Schulen: Bundesländer, Schuljahr, Schulart, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2024), Schüler, Schulanfänger, Absolventen und Abgänger: Bundesländer, Schuljahr, Geschlecht, Wiesbaden.

- 1 Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben, wenn nicht explizit ein anderes Maß erwähnt wird. Im Beobachtungszeitraum entwickelte sich die Beschäftigung in VZÄ parallel zur Beschäftigung in Personen.
- 2 Aufgrund von Datenrestriktionen kann die Beschäftigung auf kommunaler Ebene erst ab 2012 in Teilbereiche untergliedert werden.

Ernst Glöckner*

Kommt der Steiger zurück?

Das Erzgebirge birgt bis heute einen reichen Rohstoffschatz, darunter auch Lithium. Im Februar 2024 wurde bekannt, dass die Lagerstätte in Zinnwald auf 429 000 Tonnen geschätzt wird und damit zu den größten Vorkommen in Europa zählt. Dennoch bedienen bislang nur eine geringe Anzahl an Unternehmen die gesamte Welt nachfrage nach dem wichtigsten Rohstoff für wiederaufladbare Batterien. Europa ist beinahe zu 100% auf Import angewiesen. Kann die Nachfrage nach Hochtechnologiemetallen neuen Schwung in den europäischen Bergbau bringen? Eine Einordnung.

EINLEITUNG

Nur wenige Rohstoffe haben im 21. Jahrhundert einen Aufschwung erfahren, der mit dem von Lithium vergleichbar ist. Lithium, mit der Ordnungszahl 3 im Periodensystem der Elemente, ist nicht irgendein Leichtmetall, sondern das leichteste aller bei Raumtemperatur festen Elemente. Innerhalb der Gruppe der Alkalimetalle weist Lithium nicht nur den höchsten Schmelz- und Siedepunkt, sondern auch die höchste spezifische Wärmekapazität auf, d. h. die Fähigkeit, thermische Energie zu speichern (DERA 2020). Wegen seiner chemischen Eigenschaften kommt das Element besonders in einem Produkt zum Einsatz: wiederaufladbare Batterien. Damit wird Lithium zur Schlüsselressource für E-Mobilität, aber auch für die Speicherung erneuerbarer Energien. Die großen Erwartungen an derartige Technologien haben der Nachfrage nach Lithium in den letzten Jahren eine neue Dynamik verliehen.

Neben der Verwendung in Batterien wird Lithium im Wesentlichen in der Herstellung von Glas und Keramik sowie Schmierstoffen eingesetzt. Lithiumhaltige Gläser und Keramiken zeichnen sich durch Widerstandsfähigkeit gegen mechanische und chemische Belastungen aus und sind darüber hinaus weniger anfällig für Beschädigung durch hohe Temperaturen und Temperaturwechsel. In ähnlicher Weise verbessert Lithium die Temperaturbeständigkeit von Schmierstoffen. Im zeitlichen Verlauf hat sich die Relevanz der Einsatzfelder jedoch stark verschoben. Vor zehn Jahren entfielen 35% der weltweiten Nachfrage auf die Produktion von Glas und Keramik, gefolgt von Batterien mit 29% und Schmierstoffen mit 9%. Die verbleibenden 27% teilten sich auf sonstige Anwendungen wie zum Beispiel den Einsatz zur Flussverbesserung im Metallguss oder in der Luftreinigung auf. Zu dieser Zeit fanden Lithium-Ionen-Akkus Verwendung in Smartphones, Tablets, Computern und Kleinelektronik; die Entwicklung von Fahrzeugbatterien und Energiespeichern lief gerade erst an. Im Jahr 2023 gingen 87% in die Batterieherstellung, auf Glaskeramik und Schmierstoffe entfielen gerade noch 4% bzw. 2% (USGS 2014, 2024). Aufgrund seiner Eigenschaften ist Lithium in diesen Anwendungsbereichen aktuell nicht durch andere Elemente ersetzbar (DERA 2020).

Für die meisten Anwendungszwecke muss Lithium nicht in reiner Form vorliegen. Das erleichtert die Rohstoffgewinnung etwas, denn das Element ist hoch reaktiv, d. h. es geht leicht

chemische Verbindungen mit anderen Elementen ein und kommt daher auch in der Natur nicht in reiner Form vor.

Entsprechend wird der Spotpreis der Verbindung Lithiumcarbonat mit einem Mindestgehalt von 99,5% pro Tonne üblicherweise als Marktpreis für Lithium herangezogen. Dieses Produkt wird aufgrund seiner Reinheit für die Batterieherstellung verwendet und folglich als „battery grade“ bezeichnet. Am Chart der Preisentwicklung lassen sich die Technologietrends ablesen: Mit der Verwendung von Lithiumbatterien in der Unterhaltungselektronik begann der Marktpreis vor etwa 20 Jahren zu steigen, jedoch glichen sich Nachfrage- und Angebotssteigerung aus, und der Preis stabilisierte sich zwischen 6 000 und 7 000 US-Dollar pro Tonne Lithiumcarbonat. Mit dem Aufkommen von E-Mobilität stieg die Nachfrage nach dem Leichtmetall in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre sprunghaft an und erreichte erstmals Preise jenseits von 15 000 US-Dollar pro Tonne, wobei nach Einschätzungen der *Deutschen Rohstoffagentur* (in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) mit diesem Trend auch die Sorge vor möglichen Rohstoffengpässen einsetzte und sich auf die Weltmarktpreise auswirkte. Bis 2022 kletterte der Marktpreis auf ein Allzeithoch von ca. 80 000 US-Dollar, getrieben von Markterwartungen. Seitdem ist der Lithiumpreis im Sinkflug. In der jüngsten Ausgabe der *Mineral Commodity Summaries* des U.S. Geological Surveys wird als Grund für den Preisverfall angeführt, dass zeitweise ein Überangebot auf dem Markt besteht, bedingt durch die Ausweitung der Fördermenge, die weltweit schwächer-als-erwartete Nachfrage nach Fahrzeugen mit batterieelektrischem Antrieb und insbesondere die Einstellung der Subventionen für Elektroautos in China (USGS 2024).

Langfristig ist jedoch mit einer weltweit weiter steigenden Nachfrage nach Lithium zu rechnen, gerade im Hinblick auf die Einhaltung strenger Klimaziele mithilfe von sauberer Energie. Allein für die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen beträgt der weltweite Bedarf an Lithium Prognosen zufolge 1,9 Mill. Tonnen bis 2030 und 3,7 Mill. Tonnen bis 2050. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens vollständig einzuhalten, werden für die Energiewende weltweit bis 2050 bis zu 8 Mill. Tonnen Lithium benötigt, davon allein in Europa bis zu 860 000 Tonnen (KU Leuven 2022).

* Ernst Glöckner ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Getrieben von der starken Nachfrage nach Lithium wird auch die Suche nach Rohstofflagern ausgeweitet. Die Gesamtmenge an bekannten Lithiumressourcen setzt sich zusammen aus abbauwürdigen Lagerstätten und weiteren Vorkommen, deren sofortiger oder zukünftiger Abbau als unwirtschaftlich eingestuft wird. Im Jahr 2014 wurde die Gesamtmenge bekannter Ressourcen noch auf knapp 40 Mill. Tonnen weltweit eingeschätzt. Durch weitere Erkundungen und nach Abzug der zwischenzeitlich erfolgten Rohstoffförderung hat sich die Menge bekannter Ressourcen mittlerweile mehr als verdoppelt auf etwa 105 Mill. Tonnen weltweit. In Deutschland befinden sich etwa 3,6% der weltweit bekannten Lithium-Ressourcen (USGS 2014, 2024) (vgl. Abb. 1).

Als Reserven bezeichnet man den Anteil der Ressourcen, der zum Zeitpunkt der Bestimmung unter Berücksichtigung von Menge und Qualität, Wirtschaftlichkeit und gängigen Bergbaupraktiken gewonnen werden könnten. Die weltweiten Reserven werden derzeit mit knapp 29 Mill. Tonnen ausgewiesen, davon liegen etwa 83% in den acht Ländern, die die weltweite Förderung im Jahr 2023 bestritten (USGS 2024).

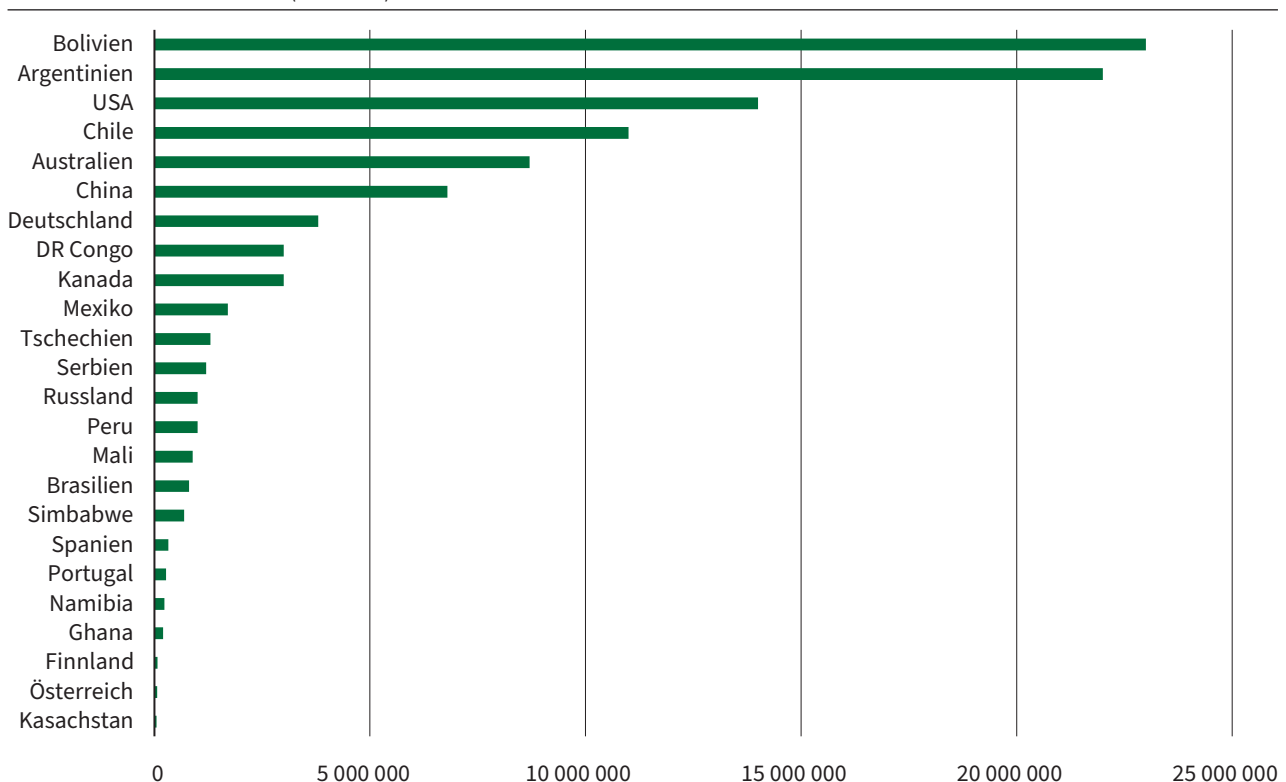
Lithiumvorkommen können im Wesentlichen in lithiumhaltiges Gestein (primäre Lagerstätten) und lithiumhaltige Solen (sekundäre Lagerstätten) unterteilt werden. Aufgrund der niedrigeren Produktionskosten im Vergleich zum Abbau und der Weiterverarbeitung von Erzen hat sich in den 1990er Jahren zunächst die Gewinnung von Lithiumsalzen (wie zum Beispiel Lithiumcarbonat) aus Solen durchgesetzt. So wird beispielsweise im sogenannten Lithiumdreieck zwischen Chile, Bolivien und Argentinien der Rohstoff gewonnen, indem die lithiumhaltige Sole an die Oberfläche gefördert und unter der Sonne

durch Verdunstung aufkonzentriert wird, bevor sie im Nachgang chemisch weiterverarbeitet wird. Durch die steigenden Weltmarktpreise ist mittlerweile aber auch die Gewinnung aus Gestein wirtschaftlich geworden. Lithiumerz wird gegenwärtig in größeren Mengen in Australien gewonnen, und zwar im Tagebau. Das Erz wird üblicherweise vor Ort zu Konzentraten weiterverarbeitet. Ein Teil wird daraufhin nach China exportiert, wo Zwischen- und Endprodukte hergestellt werden (USGS 2024, DERA 2020). Allein Australien und Chile zusammen erbringen zusammen ca. 80% der weltweiten Fördermenge an Lithium (vgl. Abb. 2). Auf beide Formen der Lagerstätten entfällt je etwa die Hälfte des Weltmarktangebots an Lithium.

Die sekundäre Rohstoffgewinnung durch Recycling spielt bei Lithium für die Versorgung gegenwärtig kaum eine Rolle. Technisch gesehen ist das Recycling von Lithium-Ionen-Batterien zwar möglich, aber schwierig. Zunächst müssten die zahlreichen Batterien gesammelt und der Rohstoff dann so gründlich aufbereitet werden, dass er wieder die Güte für die Anwendung zum Einsatz in Batterien besitzt. Dieser Vorgang ist im Status quo noch nicht wirtschaftlich. Aufgrund der steigenden Menge an Altbatterien aus Elektrofahrzeugen wird jedoch erwartet, dass Recyclingprozesse eine Größenordnung erreichen, in der sie effizient betrieben werden können. Dazu wäre es aber notwendig, dass auf europäischer Ebene formale Regelungen zur Sammlung verbrauchter Autobatterien bestünden (DERA 2020, KU Leuven 2022). Nach Angaben des *U.S. Geological Surveys* wächst dieser Markt für das Recycling von Lithiumbatterien schnell und wird allem von der Automobilindustrie vorangetrieben (USGS 2024). Projekte zum Recycling von Lithium in Europa basieren im Moment darauf, dass neben Li-

Abb. 1

Weltweite Lithiumressourcen (in Tonnen)

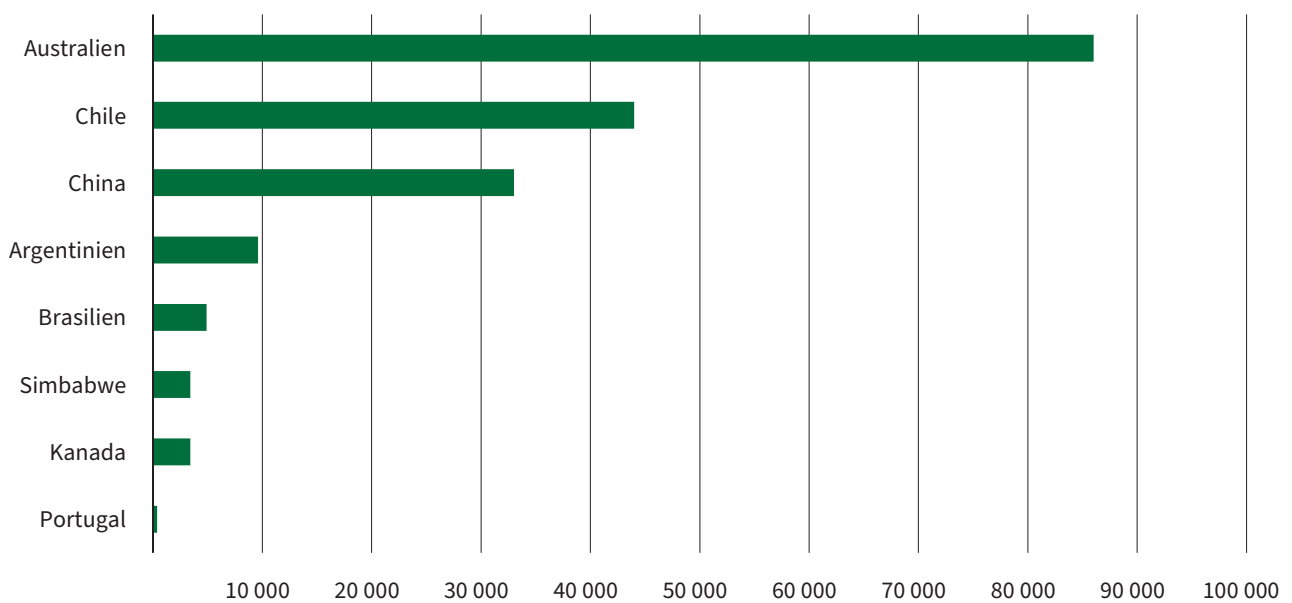


Quelle: U.S. Geological Service (2024).

© ifo Institut

Abb. 2

Weltweite Förderung von Lithium (in Tonnen, 2023)



Quelle: U.S. Geological Service (2024).

© ifo Institut

thium auch Nickel und Kobalt zurückgewonnen werden, die vergleichsweise leichter zu recyceln und Werttreiber des Recyclingprozesses sind (KU Leuven 2022).

SICHERUNG DER LIEFERKETTEN

Aufgrund der Tatsache, dass in Europa nahezu kein Lithium gefördert wird, wird klar, dass die Region zu fast 100% vom Weltmarkt abhängig ist. Die weltweite Förderung konzentriert sich auf zwei Länder, und innerhalb dieser Länder auf wenige Firmen. In der Risikobewertung für den Rohstoff Lithium wies die *Deutsche Rohstoffagentur* (DERA 2022) darauf hin, dass die fünf wichtigsten Unternehmen zusammen im Jahr 2020 für ungefähr drei Viertel der Weltmarktproduktion verantwortlich waren und sich an diesem Oligopol trotz neuer Markteintritte auf absehbare Zeit nicht viel ändern wird. Als viel wahrscheinlicher wurde sogar eingestuft, dass sich der Markt weiter konsolidiert und das Verarbeitende Gewerbe Partnerschaften mit Rohstoffproduzenten eingeht, um sich den Zugang zu Ressourcen zu sichern. Mittlerweile wächst auch die Batteriezellenproduktion in Europa und die Verfügbarkeit von Lithium wird zum begrenzenden Faktor. In Anbetracht von großen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und politischen Entwicklungen in Ländern mit großen Lagerstätten rückt die Frage nach zuverlässiger Verfügbarkeit vor Ort in den Fokus. Zwar geht auch die *Deutsche Rohstoffagentur* nicht davon aus, dass Europa seinen Lithiumbedarf aus eigenem Bergbau decken könnte, Berechnungen zufolge wäre aber ein Selbstversorgungsanteil von bis zu einem Drittel aus lokalen Primärquellen und bis zu weiteren 10% aus Recycling bis 2030 möglich (DERA 2022).

Politisch drückt sich der Wille zur Reduzierung der Importabhängigkeit auf europäischer Ebene im 2023 vorgeschlagenen *Critical Raw Materials Act* aus. Konkret sieht dieser vor, dass mindestens 10% des EU-weiten Bedarfs an der Ressource vor Ort gewonnen werden, dass mindestens 40% der Weiterver-

arbeitung in der EU stattfinden und mindestens 15% des Bedarfs durch Recycling gedeckt werden. Dazu gilt, dass nie mehr als 65% eines Rohstoffs oder Zwischenprodukts aus einem Drittstaat stammen darf, um die Lieferketten zu diversifizieren (Europäische Kommission 2023).

LITHIUMGEWINNUNG IN EUROPA

Bergbauprojekte werden in zahlreichen europäischen Ländern vorangetrieben, befinden sich aber in unterschiedlichen Stadien. Die voranschreitende Erkundung und die Kleinteiligkeit der Lagerstätten und Betriebe erschweren eine Momentaufnahme der bestehenden Reserven. Portugal ist das einzige Land in der EU, in dem aktuell bereits Bergbau auf Lithium betrieben wird. Größere Vorkommen befinden sich im Norden des Landes im Grenzgebiet mit Spanien. Lithium wird dort in Form von Erz im Tagebau gewonnen. Auf spanischer Seite befinden sich die Bergbauprojekte noch in der Erkundungsphase. Ein weiteres bedeutendes Lithiumdepot befindet sich im serbischen Jadartal. Der international agierende *Rio Tinto*-Konzern entdeckte dort das vormals unbekannt Mineral *Jadarit* und trieb das Projekt, ein unterirdisches Bergwerk und Aufbereitungsanlagen zu errichten, mit Unterstützung der EU voran. Nach massiven Bürgerprotesten kündigte der serbische Präsident Alexander Vučić im Wahlkampf 2022 alle Verträge mit *Rio Tinto*, was er jedoch nach seiner Wiederwahl als großen Fehler bezeichnete. Die Vorkommen in Österreich befinden sich in Kärnten unweit der Weinebene. Eine Machbarkeitsstudie ist abgeschlossen; mit dem Abbau, der unter Tage stattfinden soll, wurde aber noch nicht begonnen. Ähnliches gilt für mehrere kleine Lagerstätten im Süden von Finnland. Das größte Einzelvorkommen in Europa befindet sich auf der tschechischen Seite des Erzgebirgskamms in Cinovec in der Region Ústí nad Labem. Dort lagern etwa 700 Mill. Tonnen verschiedener lithiumhaltiger Mineralien, die unter Tage bergmännisch gefördert werden

sollen und Tschechien Ressourcen in Höhe von etwa 1,3 Mill. Tonnen Lithium beschert (Europäische Kommission 2020, Screeen 2023, Sommerschuh 2023).

Unmittelbar jenseits der Grenze zu Deutschland wird die Lagerstätte Zinnwald erkundet. Im Februar 2024 gab der Betreiber *Zinnwald Lithium* bekannt, dass sich vor Ort Europas zweitgrößte Lagerstätte von Lithium in mineralischer Form mit einem Lithiumgehalt von 429000 Tonnen befindet. Das entspricht einem Zuwachs von 243% gegenüber früheren Erkundungen. Die neuen Ergebnisse kommen dadurch zustande, dass neben Greisen (in Sachsen vorkommende Quarzgesteine) auch umliegende Granitfelder in die geologische Untersuchung einbezogen wurden, in denen sich größere Einschlüsse von Greisen befinden. Auch dort stieß man auf *Zinnwaldit*, das einzige in der Region vorkommende lithiumhaltige Mineral. Aufgrund der neuen Erkenntnisse rechnet der Betreiber damit, hier Lithium ökonomisch abbauen zu können, zum einen wegen der Größe des Vorkommens und zum anderen wegen der Beschaffenheit der Lagerstätte, wo aufgrund der Durchgängigkeit der Erzschieben weniger nicht-lithiumhaltiges Gestein abgebaut werden muss (Zinnwald Lithium 2024).

Neben den bekannten mineralischen Vorkommen im Erzgebirge läuft auch ein Projekt zur Gewinnung von Lithium im Oberen Rheingraben. Hier soll Lithium aus Thermalwasser gewonnen werden. Dieses Vorkommen wird auf 2,4 Mill. Tonnen Lithium geschätzt. Das Verfahren, lithiumhaltige Sole gemeinsam mit Geothermie zu gewinnen, wurde vor Ort bereits erfolgreich getestet.

ZWISCHEN BERGBAUTRADITION UND BÜRGER-PROTEST

Die Aufzeichnung des Erzbergbaus in Sachsen beginnt mit den ersten Silberfunden in Freiberg im Jahr 1186. Nach über 850 Jahren wird das kulturelle Erbe der Bergbautradition gerade im Erzgebirge bis heute hochgehalten und zelebriert. Auf der anderen Seite regt sich überall dort, wo der Bergbau ausgeweitet, neu oder wiederaufgenommen werden soll, Protest gegen die Vorhaben. Ein solches Maß an Gegenwehr erscheint paradox in einer Gegend, die sich so sehr mit ihrer Bergbautradition identifiziert wie das Erzgebirge.

In der Tat ist auch der Bergbau auf Lithium mit Externalitäten behaftet. Die Umweltauswirkungen unterscheiden sich je nachdem, in welcher Form das Lithiumvorkommen auftritt. Bei der Gewinnung von Lithium aus Festgestein steht an erster Stelle ein Flächennutzungskonflikt, der jedoch im Erzgebirge aufgrund der Förderung unter Tage im Vergleich zum Tagebauverfahren deutlich geringer ausfällt. Aufgrund der Konzentration im Gestein werden jedoch Flächen für Deponien benötigt, auf denen das Abraummateriale (zwischen-)gelagert werden kann. Im und um einen Tagebau wäre zusätzlich mit Belastungen durch Staub zu rechnen. Um lithiumhaltiges Konzentrat aus dem aus Festgestein gewonnenen Erz zu erhalten, wird Wasser in großen Mengen benötigt, das zum Teil aufbereitet und wiederverwendet werden kann, zum Teil aber in Absetzbecken verbleibt. Mit modernen Methoden können der Wasserverlust und so die Größe der Absetzbecken jedoch verringert werden. Im Gegensatz zu ähnlichen Verfahren im Metallbergbau auf Kupfer, Blei, Zink, Goldkonzentrate ist es beim Lithium unwahrschein-

lich, dass Grund- und Oberflächenwasser versauert, da gewöhnlich keine sulfidische Mineralisation auftritt. Die Konzentration ist notwendig, um die Emissionen beim Weitertransport gering zu halten. Bei der Weiterverarbeitung der Lithiumkonzentrate werden erneut große Mengen Energie und Wasser benötigt, jedoch muss diese Weiterverarbeitung nicht vor Ort stattfinden. Diese Weiterverarbeitung findet in Europa gegenwärtig ohnehin nicht statt, ist perspektivisch jedoch ange-dacht. Dafür werden CO₂-neutrale Verfahren untersucht sowie die Potenziale zur Weiterverwendung von Produktionsabfällen erforscht (DERA 2022).

Die Gewinnung von Lithium aus Sole ist gegenwärtig deutlich weniger wasser- und energieintensiv als die Gewinnung aus Festgestein. Erstens entfallen Zwischenschritte in der Produktion von Lithiumsalzen, da diese nicht erst aus dem Gestein gelöst werden müssen. Zweitens wird die Energie der Sonne genutzt, um Wasser aus Sole zu verdunsten. Für die Verdunstung und weitere Abraumhalden werden zwar große Flächen an Land benötigt, die jedoch im Vergleich zur Gesamtfläche der Salzwüsten Südamerikas, wo dieses Verfahren angewendet wird, wiederum klein wirken. Der Salzgehalt der geförderten Sole entspricht etwa dem zehnfachen von Meerwasser und ist anderweitig nicht nutzbar. In Chile wird Sole deshalb auch als mineralische Ressource deklariert und nicht als Grundwasser, was aufgrund des dennoch hohen Wassergehalts jedoch umstritten ist. Neben Sole wird für die Produktion von Lithium weiterhin trotzdem Frischwasser benötigt. Durch die Entnahme von Sole und Frischwasser im aufgrund der ohnehin vorherrschenden Trockenheit sensiblen Ökosystem der Salzwüsten steht die Lithiumproduktion dort in einem besonderen Spannungsfeld (DERA 2022).

Aus Nachhaltigkeitsaspekten vielversprechend scheint die Gewinnung von Lithium aus Thermalbrunnen zu sein, wie sie zum Beispiel am Oberrheingraben erforscht wird. Da neben Lithium auch Geothermie gewonnen wird, geben die Betreiber den voraussichtlichen CO₂-Fußabdruck mit nahezu null an. Frischwasser wird nach wie vor benötigt, auch wenn alternative direkte Extraktionsverfahren Absetzbecken beim geplanten Projekt überflüssig machen (DERA 2022).

Vor Ort in Europa sind die geäußerten Sorgen oft anderer Natur. Bürger fürchten sich zwar auch vor Verunreinigung von Böden sowie von Grund- und Trinkwasser, vor Erdbeben und Versiegen von Wasserquellen, aber eben auch vor lokalen Belastungen wie Staub und Verkehr oder auch vor unansehnlichen Bergwerken und deren Halden. Es bestehen Sorgen, dass aufgrund der stark schwankenden Marktpreise Bergwerke nach wenigen Jahren aufgegeben und deren Hinterlassenschaften nicht mehr beseitigt werden. Gerade in Ostdeutschland sind Spuren vom schonungslosen Bergbau zu DDR-Zeiten noch präsent im Landschaftsbild oder zumindest in den Erinnerungen.

Aus globalen und lokalen Interessen ergibt sich ein Spannungsfeld. Der Lithiumbedarf steigt weiter und ist unersetzlich für die Energie- und Verkehrswende. Für die Unabhängigkeit Europas von internationalen Lieferketten müssen Produktionskapazitäten vor Ort geschaffen werden. Versorgungssicherheit steht aber nicht im primären Interesse von Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen. Der steigende Lithiumbedarf ist jedoch menschengemacht. Einerseits werden Bergbauvorhaben in der eigenen Region von Beginn an bekämpft,

andererseits wird oft zu wenig hinterfragt, zu welchem Preis Rohstoffe am anderen Ende der Welt gewonnen werden, wo die Rentabilität hoch und die Umweltauflagen niedrig sind. Für den Bergbau in Deutschland und Europa muss die Frage gestellt werden, welche Sorgen berechtigt sind und welche Einwände eher einer „*Not in my backyard*“-Mentalität entstammen. In Deutschland ist der Bergbau stark reglementiert (vgl. Cramer 2023) und Ansprüche an den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt werden in den Vorgaben berücksichtigt. Umwelt- und Klimaschutz sind globale Probleme: Aus Nachhaltigkeitssicht wäre es sinnvoller, sich für eine absolute Verringerung des Ressourcenverbrauchs einzusetzen. Bis dahin sitzt Sachsen auf einem großen Rohstoffschatz, der Europa zukunftsfähig macht, und so eine große Chance für die Region darstellt.

QUELLEN

Cramer, B. (2023), „Bergbau in Sachsen“, in: Ragnitz, J. (Hrsg.), *Wirtschaft in Sachsen. Trends und Analysen*, Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Leipzig, S. 88-105.

DERA – Deutsche Rohstoffagentur in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.) (2020), *Rohstoff Lithium*, Download unter https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/m-lithium.pdf?__blob=publicationFile.

DERA – Deutsche Rohstoffagentur in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.) (2022), *Rohstoffrisikobewertung Lithium*, Download unter https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-54.pdf;jsessionid=A7FD44DA401C729A8CFFBCD31823A738.internet002?__blob=publicationFile&v=4.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2020), *Study on the EU's list of Critical Raw Materials, Factsheets on Critical Raw Materials*, Download unter <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42883/attachments/2/translations/en/renditions/native>.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2023), *Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing a framework for ensuring a secure and sustainable supply of critical raw materials and amending Regulations (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, 2018/1724 and (EU) 2019/1020*, Download unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52023PC0160>.

KU Leuven (Hrsg.) (2022), *Metals for Clean Energy: Pathways to Solving Europe's Raw Materials Challenge*, Download unter <https://eurometaux.eu/media/jmxf2qm0/metals-for-clean-energy.pdf>.

Sommerschuh, H. (2023), „Lithiumabbau: Wie sich ein serbisches Dorf gegen den Bergbaugiganten wehrt“, *Berliner Zeitung*, 6. September 2023, online unter <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/lithiumabbau-wie-sich-ein-dorf-in-serbien-gegen-den-bergbaugiganten-rio-tinto-wehrt-li.384276>.

Screen (Hrsg.) (2023), *Screen2 Factsheet Updates Based on 2020 Factsheets – Lithium*, Download unter https://screen.eu/wp-content/uploads/2023/12/SCREEN2_factsheets_LITHIUM-update.pdf.

USGS – U.S. Geological Survey (Hrsg.) (2014), *Mineral Commodity Summaries, January 2014*, Download unter <https://d9-wret.s3.us-west-2.amazonaws.com/assets/palladium/production/mineral-pubs/mcs/mcs2014.pdf>.

USGS – U.S. Geological Survey (Hrsg.) (2024), *Mineral Commodity Summaries, January 2024*, Download unter <https://pubs.usgs.gov/periodicals/mcs/mcs2024/mcs2024.pdf>.

Zinnwald Lithium (Hrsg.) (2024), *Mineral Resource Estimate*, Download unter https://polaris.brighterir.com/public/zinnwald_lithium/news/rns/story/xlj8zpr/export.

Niels Gillmann und Ernst Glöckner*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (Mai 2024)

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



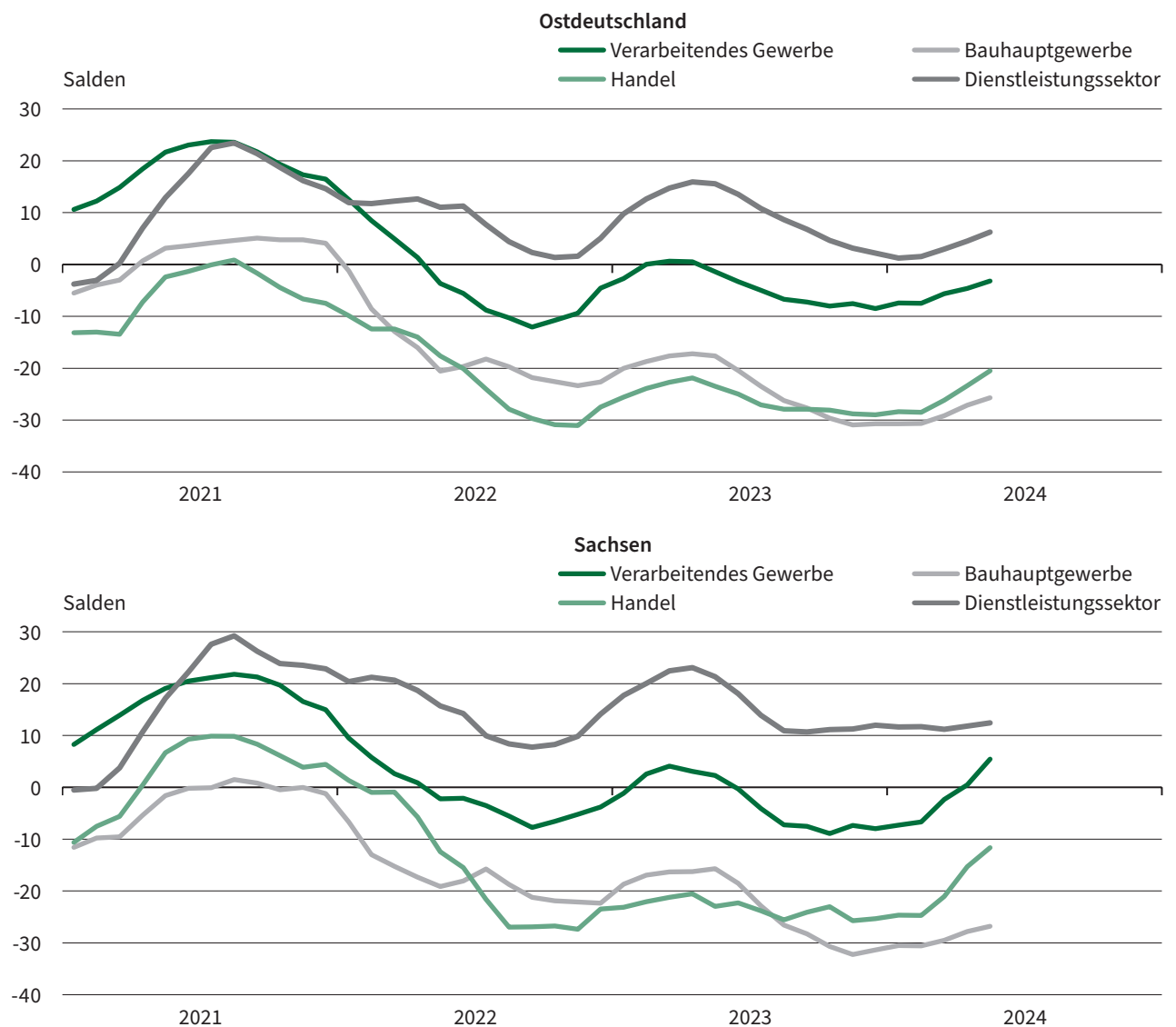
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2024.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

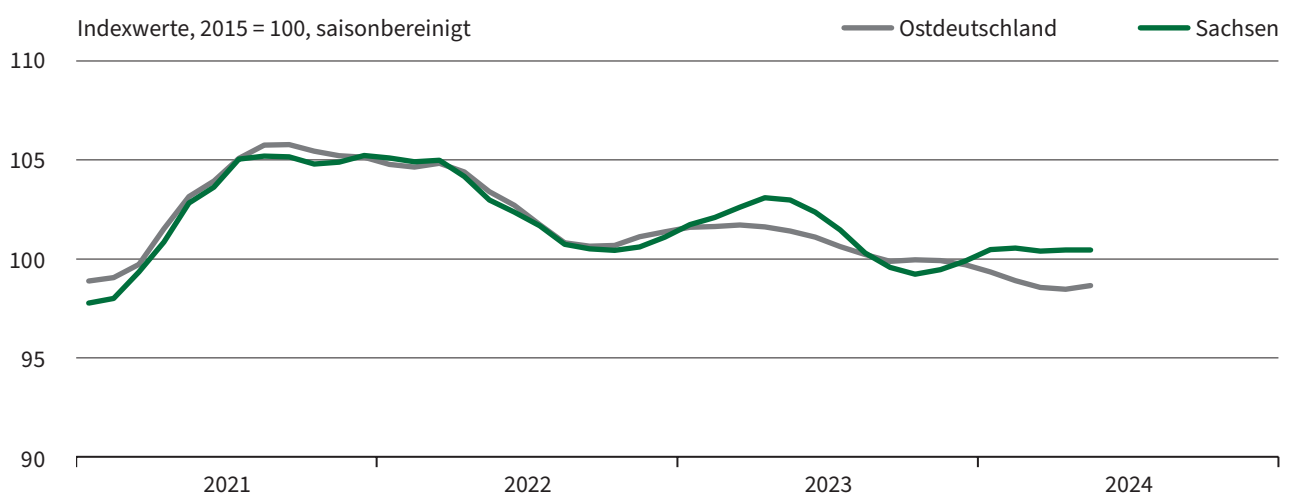


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2024.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



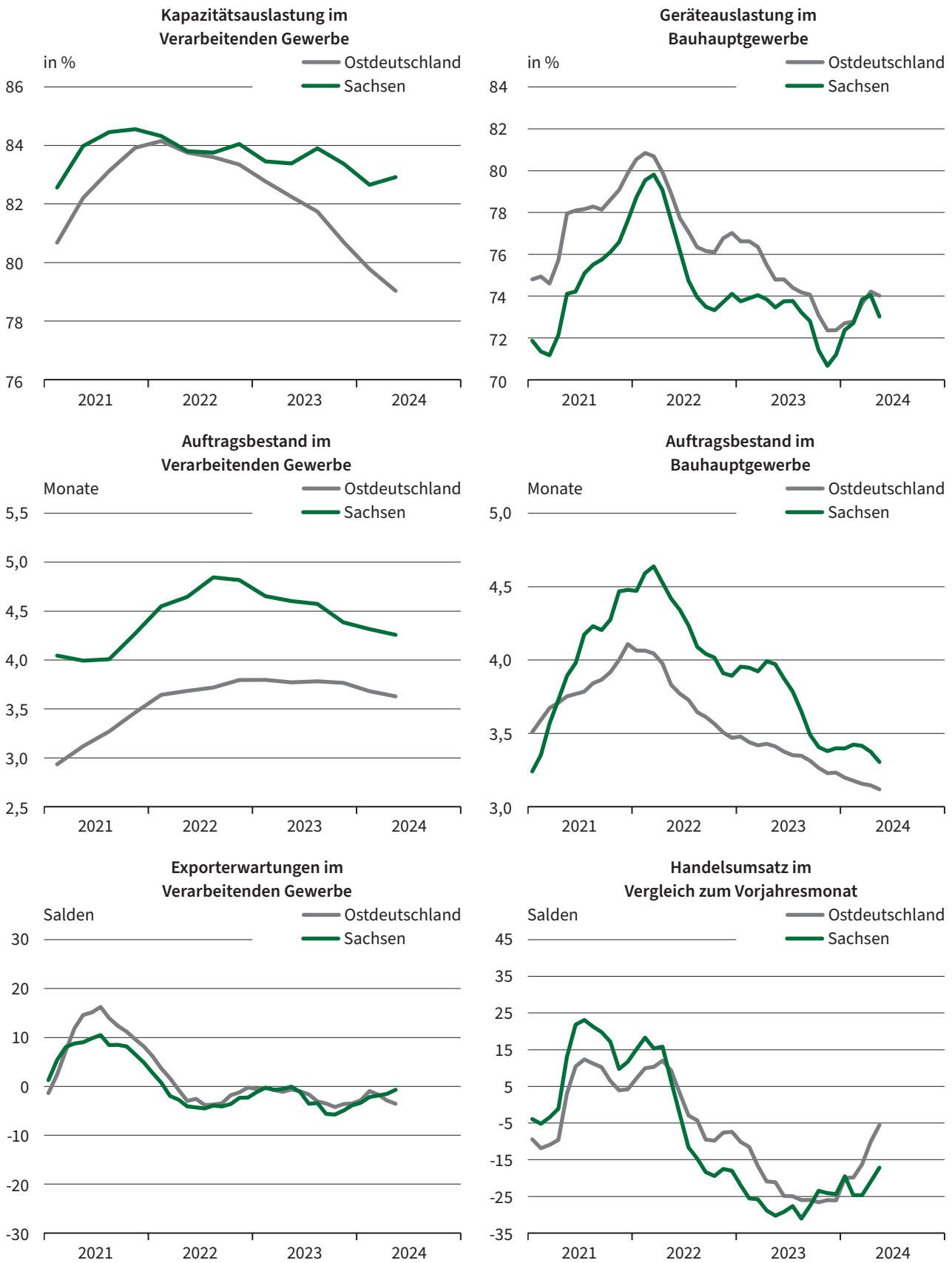
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2024.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2024.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Am **12./13. September 2024** findet der **ifo Dresden Workshop on Regional Economics** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden statt. Wir laden alle Interessierten herzlich ein, ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen einzureichen (vgl. Call for Paper am Ende dieses Heftes):

- Regional Structural Change,
- Development Economics,
- Economic History,
- Public Economics.

Wir freuen uns, Ines Helm, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der LMU München mit Forschungsschwerpunkt in den Bereichen Labor Economics und Urban Economics, beim Workshop als Keynote Speaker begrüßen zu dürfen.

In der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** sind zwei weitere Veranstaltungen geplant: Am **23. Oktober 2024** spricht Prof. Dr. Stefan Zundel von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Am **4. Dezember 2024** wird Prof. Dr. Silke Übelmesser von der Friedrich-Schiller-Universität Jena einen Vortrag halten.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo.de/forschung/ifo-dresden) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Arin, Kerim Peren, Juan A. Lacomba, Francisco Lagos, Deni Mazrekaj und Marcel Thum (2024), „Identity and Inequality Misperceptions, Demographic Determinants and Efficacy of Corrective Measures“, Scientific Reports, im Erscheinen.

Ferenc, Grega und Joachim Ragnitz (2024), „20 Jahre EU-Osterweiterung“, Wirtschaftsdienst 104 (06), im Erscheinen.

ifo Vorträge

Thum, Marcel, „Leben – und Geld. Ein Blick auf den Wohlstand im Freistaat Sachsen“, Vortrag der Evangelischen Akademie Sachsen im Rahmen der Reihe „Kreuzganggespräche im Dom St. Marien“ im Freiburger Dom, 23. April 2024, Freiberg.

Glöckner, Ernst, „Entwicklung des Arbeitsmarktes in Thüringen bis 2035“, Vortrag bei der bAV-Jahrestagung Thüringen der SV Sparkassenversicherung AG, 24. April 2024, Schmalkalden.

Frei, Xenia, „Strategic Appointments to Supreme Courts“, Vortrag beim Fakultätskolloquium der Technischen Universität Dresden, 14. Mai 2024, Dresden.

Glöckner, Ernst, „Fast Internet and Firm Performance in Sub-Saharan Africa“, Vortrag auf der ifo PhD Summer Conference 2024, 15. Mai 2024, München.

Landsberger, Albert, „Subsidies: Asking Politicians What They Want“, Vortrag auf der ifo PhD Summer Conference 2024, 15. Mai 2024, München.

Riederer, Kyra, „Health and Wealth Effects of Ports in Sub-Saharan Africa“, Vortrag auf der ifo PhD Summer Conference 2024, 15. Mai 2024, München.

Schulze Spüntrup, Selina, „Does Implementing Opt-out Solve the Organ Shortage Problem? Evidence from a Synthetic Control Approach“, Vortrag beim 2nd Croatian Health Economics Workshop (CHEW) am Inter University Centre (IUC) Dubrovnik, 21. Mai 2024, Dubrovnik (Kroatien).

Ragnitz, Joachim, „Aktuelle Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in Sachsen und Thüringen“, Vortrag anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der IHK Dresden und der IHK Erfurt, 27. Mai 2024, Dresden.

ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland blüht mit Frühlingsanfang auf (März 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. März 2024.

„Strukturwandel und Jobverlust – Kohleausstiegs-Ängste übertrieben? Lausitz findet jetzt schon kaum Fachkräfte“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell in MDR Sachsen – das Sachsenradio, 3. April 2024, www.mdr.de.

„Strukturwandel Lausitz“, Marcel Thum, MDR Aktuell in MDR Fernsehen, 3. April 2024, www.mdr.de.

„Minister Schmidt: Lausitz braucht mehr als Jobs“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 5. April 2024, S. 19, www.saechsische.de.

„ifo Dresden: Arbeitnehmer aus den EU-Beitrittsländern haben Lücken im deutschen Arbeitsmarkt besetzt“, Grega Ferenc, Albert Landsberger, Matteo Neufing und Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 23. April 2024.

„ifo zu EU-Osterweiterung: Keine Verdrängung vom Arbeitsmarkt“, Joachim Ragnitz, 23. April 2024, www.faz.net, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„Halbleiterproduktion in Sachsen – ifo-Experte Ragnitz: TSMC-Chip-Fabrik in Dresden willkommen, Effekte aber gering“, Joachim Ragnitz, MDR, 24. April 2024, www.mdr.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland zum zweiten Mal in Folge gestiegen (April 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 30. April 2024.

„Bessere Stimmung in Teilen der ostdeutschen Wirtschaft“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 30. April 2024, www.faz.net, www.focus.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„Wachstumsschmerzen – Die größte Eintrittswelle galt in der EU als Risiko, bei den Neumitgliedern war die Euphorie groß. Und heute? Sagt zumindest Viktor Orbán, er würde das Rad gerne zurückdrehen“, Grega Ferenc und Matteo Neufing, Süddeutsche Zeitung, 30. April 2024, S. 2, www.sueddeutsche.de.

„Bilanz nach 20 Jahren – Was die EU-Osterweiterung gebracht hat“, Grega Ferenc und Albert Landsberger, ZDF digital, 1. Mai 2024, www.zdf.de.

„Geld schützt nicht vor Radikalen – Im Osten werden vielerorts Milliardensummen in neue Fabriken investiert – auch dank großzügiger Subventionen der Ampelregierung. Trotzdem ist die AfD so stark wie nie. Wie kann das sein?“, Joachim Ragnitz, Die Zeit, 1. Mai 2024, www.zeit.de.

„EU-Osterweiterung – eine Bilanz“, Grega Ferenc, Wirtschaft im Gespräch – Deutsche Welle, 3. Mai 2024, www.dw.com

„Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt bekommen mehr Gehalt“, Joachim Ragnitz, Mitteldeutsche Zeitung, 8. Mai 2024, www.mz.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland steigt weiter (Mai 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 31. Mai 2024.

ifo DRESDEN CALL FOR PAPERS

KEYNOTE SPEAKER

Ines Helm
(LMU Munich & CESifo)

CONFERENCE VENUE

ifo Institute – Leibniz Institute
for Economic Research at the
University of Munich
Dresden Branch
Einsteinstrasse 3
01069 Dresden
Germany

CONFERENCE FEE

None.
We do not offer travel grants.

ORGANIZERS

Felix Roesel
(TU Braunschweig, ifo Institute &
CESifo)

Valentin Lindlacher
(TU Dresden, ifo Institute & CESifo)

Ernst Gloeckner
(ifo Dresden)

Anna Kremer
(ifo Dresden)

LINK FOR SUBMISSIONS

[https://www.ifo.de/en/event/
2024-09-12/14th-ifo-dresden-work-
shop-regional-economics](https://www.ifo.de/en/event/2024-09-12/14th-ifo-dresden-workshop-regional-economics)

CONTACT

Ernst Gloeckner
Phone: +49(0)351-26476-22
E-mail: gloeckner@ifo.de

14th ifo Dresden Workshop on Regional Economics

September 12-13, 2024, in Dresden, Germany

The ifo Institute, Dresden Branch, announces the 14th ifo Dresden Workshop on Regional Economics. The workshop aims at facilitating the networking of young scientists and at promoting the exchange of their latest research. Relevant topics include regional structural change, development economics, economic history, and public economics. Preference is given to empirical papers estimating causal inferences in a spatial context, natural experiments, or recent geo-data and respective methods.

We specifically encourage PhD students and post-doctoral researchers to submit their research. Each paper will be allocated 45 minutes, to be divided between the presentation, a short discussion by an assigned workshop participant and a general discussion.

We are pleased to announce that Ines Helm, professor of economics at LMU Munich with a research focus on labor and urban economics, will attend the workshop as keynote speaker.

Submissions:

Please submit your (preliminary) paper by **June 14, 2024**, via the workshop [website](#). Alternatively, check the ifo website for forthcoming conferences. Acceptance decisions will be announced by **June 28, 2024**.

We are looking forward to seeing you in Dresden.



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN



Technische
Universität
Braunschweig

ifo INSTITUTE
Dresden Branch

Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

